

# Metallarbeiter-Zeitung.

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schram.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße Nr. 16b.  
Telephonruf Nr. 8892.

Inserate  
für die sechsgefaltene Colonne ober deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von  
**198100**  
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

### Wohlfahrts-Märchen.

Wer hat sich nicht schon an den alten, schönen Märchen erbaut? Die verzauberten Prinzessinnen, die tapferen Prinzen, die wohlthätigen Geister erregten unsere Phantasie, weckten Liebe für Schönes und Gutes; die alten Hexen und bösen Geister lösteten Abscheu ein gegen Lüge und Falschheit. Wir wissen, es sind Märchen, aber wir kennen ihren Gemütbildenden und Ästhetischen Wert, wir wissen, sie haben einen erzieherischen Zweck. Das Gegenstück davon, in Absicht und Wirkung, sind die modernen kapitalistischen Märchen, die Märchen von dem Unternehmervohlfahrtsinn.

Tag für Tag begegnet man in der kapitalistischen Presse märchenhaften Erzählungen von schweren Opfern, die sich Unternehmer aus hochherzigem Sinne, aus Humanität und Menschenliebe, durch Schaffung von Wohlfahrts-Einrichtungen auferlegen, um das Los ihrer Arbeiter zu verbessern. In überflüssigen Worten wird die Wohlfahrt gepriesen, gerade als ob mit dieser der Arbeiter aus der Verzauberung wirtschaftlicher Knechtschaft, aus sozialem Elend erlöst werde. Selbstverständlich soll der erlöste Arbeiter dafür dem hochherzigen, tapferen Wohlfahrtsritter dankbar und ergeben sein! Das ist der Kasus, man will den Arbeiter abhalten, für seine Arbeit das rechte Entgelt zu fordern, er soll als Gnade betrachten, was zu fordern sein Recht ist. Das ist der verwerfliche Zweck der Wohlfahrts-Einrichtungen und der ausbringlichen Beweihräucherung der „Wohltäter“.

Die Wohlfahrts-Einrichtungen machen den Arbeiter nicht frei und edel, nein, sie verküpfen ihn, verletzen die Menschenwürde, verderben den Charakter, töten sein Selbstbewußtsein! Und Märchen sind es, wenn man für die Wohlfahrt Hochherzigkeit, Achtung vor Menschentum, Nächstenliebe und Sinn für Wohlthun als Triebkräfte reklamiert. Naiver Eigennutz, niedriger Krämergeist, Hochmut und Schlimmeres, in großen Dosen mit einer winzigen Beigabe sozialer Verunft vermischt, sind in Wirklichkeit die Motive, die den „Wohltäter“ zu seinen Handlungen bestimmen. Nicht, um dem Arbeiter zu geben, was ihm gebührt, sondern, um ihm seine Menschenrechte zu schmälern, ihm das vorzuenthalten, worauf er ein Recht hat, darum schafft man die Werkwohlfahrts-Einrichtungen.

Fast alle Wohlfahrts-Geschichten sind Lüge und Heuchelei! Die ungerechten sozialen Verhältnisse geben dem Unternehmertum die Möglichkeit, andere für sich arbeiten zu lassen, dem Arbeiter einen großen Teil seines Arbeitsertrags vorzuenthalten. Das ist die Grundursache, weshalb die moderne Arbeiterbewegung die bestehende Gesellschaftsordnung bekämpft. Einzelne Unternehmer, die einen besonders hohen Bruchteil von dem Ertrag der Arbeit ihrer Lohnsklaven in die eigenen Taschen fließen lassen, kommen her und lassen den Arbeitern ein kleines von dem Raube in Gestalt von Wohlfahrt unter der Bedingung zukommen, daß die Bewohlfahrten sich die Sklavenketten noch fester um den Hals legen lassen. Das nennt man Wohlfahrt! Die Verabreichten sind die Bewohlfahrten — und sollen noch dankbar dafür sein, daß sie einen Teil von dem, was sie erarbeitet haben, was ihnen aber entwendet worden ist, unter entwürdigenden Bedingungen zurückerhalten.

Man könnte geneigt sein, unsere Kritik als übertrieben, als ungerecht und kleinlich zu betrachten, behagliche Schmöks würden sogar von Gehässigkeit und Verleumdung fabulieren, wenn wir zum Beweise des Angeführten nicht einen unverdächtigen Zeugen anführen könnten, einen Zeugen, von dem kein Kapitalistenrecht behaupten wird, er sei kein Freund der Unternehmer und kein Feind der Arbeiter. Ja, ein geschäftsmäßiger Verteidiger des Unternehmertums, ein geschäftsmäßiger Bekämpfer der Arbeiterbewegung ist der Kronzeuge unserer Wohlfahrtskritik. Die scharfmacherische Deutsche Arbeitgeber-Zeitung ist unser Zeuge! Sentimentalität ist bekanntlich nicht die schwache Seite dieses Blattes. Mit einer Rücksichtslosigkeit, die wahrlich nichts zu wünschen übrig läßt, verfolgt das Blatt die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter, mit brutaler Offenheit fordert es Zucht-hausgesetz und Arbeiterknebelung und wütet es gegen Sozialpolitik; und mit derselben Offenheit und Rücksichtslosigkeit zerstört das Blatt nun das Märchen von den Wohlfahrts-Einrichtungen.

Allerdings nicht freiwillig, nicht aus eigener Initiative oder von Wahrheitsliebe gebrängt, hat die Arbeitgeber-Zeitung den Wohlfahrts-dünsteln zerissen. Die Geschichte hat einen etwas tragischen Hintergrund. Nicht für uns tragisch — sondern nur für die Lohn-preiser der Wohlfahrts-Einrichtungen. Das viele Wohlfahrtsgebimmel hatte eine Gruppe Unternehmern nervös gemacht, diese sah darin eine unlautere Konkurrenz; Unzufriedenheit wurde laut — und die Arbeitgeber-Zeitung befürchtete, die Geschlossenheit des Unternehmertums im Kampfe gegen die verzögerten Gewerkschaften könne Schaden nehmen. Um solcher Gefahr zu begegnen, sah sich das Blatt veranlaßt, in Nr. 41 einmal klipp und klar zu sagen, welche Motive bei Errichtung von Wohlfahrts-Einrichtungen bestimmend sind und welche Wirkung diese erzielen.

Das Eigeninteresse ist bestimmend für die Wohltätigkeit, durch diese werden die Produktionskosten verringert, sie schlagen den Arbeitern die Waffe des Streits aus der Hand und machen den Arbeiter zu einem willenlosen Sklaven. Das ist das Glaubensbekenntnis, das ein Scharfmacherblatt — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — in bezug auf die vielgerühmten Wohlfahrts-Einrichtungen ablegt. Hören wir zu, was das Unternehmerorgan sagt; es heißt da: „... daß zwischen Gebern und Empfänger, das heißt zwischen Unternehmern und den Arbeitern ein Geschäftsverhältnis, nämlich der Lohnvertrag, besteht, woraus für den Geber die Möglichkeit erwächst, die Kosten

der Wohlfahrts-Einrichtungen auf den Empfänger selbst abzuwälzen, indem er sie ihm vom Arbeitslohn abzieht.“ Erst plündert man den Arbeiter, dann erweist man ihm Wohlthaten. O, diese Christen! Offenherzig wird da weiter bekannt: „Man kann demnach sagen, daß überall da, wo für die Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrts-Einrichtungen nicht erwächst, deren Schaffung auch unterbleibt.“ Das ist ein reizendes Geständnis! Danach gibt es tatsächlich Wohlfahrts-Einrichtungen, aber nur für die Unternehmer, die Kosten tragen die Arbeiter. Wenn der bestimmende Faktor Eigennutz ist und nur der Vorteil des Unternehmers in Frage kommt, dann kann man füglich auch nur von Wohlfahrts-Einrichtungen für das Unternehmertum reden. Der Krämer meldet sich in folgenden Ausführungen: „Wo Wohnungsmangel herrscht, wo die Gelegenheit zu billigem Einkauf von Nahrungsmitteln fehlt, ist natürlich die Lebenshaltung teuer, wohl aber übel muß der Unternehmer höhere Löhne zahlen. Um diesem zu entgehen, baut er Werkwohnungen und errichtet Konsume etc.“ Aber die Einrichtungen haben nicht nur den Zweck, die Löhne zu drücken, sie sollen den Arbeiter auch zu einem vollendeten Hörigen machen, sie sollen ihm das Selbstbestimmungsrecht nehmen, ihn seiner Staatsbürgerrechte entkleiden. Wörtlich wird da gesagt:

„Die Arbeiter isoliert liegender Betriebe müssen, sobald sie die Arbeit verlassen, zumeist innerhalb einer kurz bemessenen Frist ihre von der Betriebsleitung gebauten Wohnungen räumen und sind demgemäß zur Abwanderung gezwungen, weil es eben am Orte selbst keine Wohngelegenheit für sie gibt. Das ist zweifellos ohne eine gute Schutzmaßregel gegen die Auswanderungsbewegung. ... Natürlich ist es eine durchaus berechnete Handlungsweise, wenn die Arbeitgeber Wohlfahrts-Einrichtungen zum Zwecke der Streikabwehr benutzen. ... man muß sie als ein nach der Lage der Dinge gewiß außerordentlich lohnendes und darum auch politisch wertvolles Mittel zum Zwecke der Streikabwehr bezeichnen.“

Da haben sich die bürgerlichen Soldschreiber jahrelang die Finger wund geschrieben, hohe, höhere und höchste Herrschaften haben mit beredetem Zungenschlag den Segen der Wohlfahrts-Einrichtungen gepriesen, sich über die Selbstlosigkeit und den hohen Idealismus der Unternehmer begeistert und sich herzlich über das Glück der Arbeiterschaft, die solcher Wohlfahrt teilhaftig werde, gefreut. Nun kommt das Scharfmacherblatt und erklärt offen brutal: Das ist ja alles Humbug! Mögen die Einrichtungen auch nicht ohne Vorteil für die Arbeiter sein, Wohlfahrts-Einrichtungen sind es nur für die Unternehmer, für diese sind sie das „Lächeln des Dichters“, für die Arbeiter aber „Knüppel aus dem Sack!“ Ja, das Blatt bezeichnet es geradezu als Wahn, wenn man die Leiter der Wohlfahrtsbetriebe als besonders wohlthätige Leute betrachte.

Das Scharfmacherorgan hat einen sehr triftigen Grund, den Wahn von besonderer Wohltätigkeit zu bekämpfen und es verrät den Grund mit folgender Bemerkung: „Diese Auffassung (die betreffenden Unternehmer seien wohlthätig) trägt in die Kreise des Unternehmertums eine Zweifelpflanze, die dessen einheitliche Organisation sehr erschwert.“ Das ist die Ironie bei der Geschichte, daß man, um den Frieden im eigenen Lager zu hüten, das systematisch verbreitete Märchen von den Wohlfahrts-Einrichtungen preisgeben mußte. Was sagen dazu die kompromittierten hohen und höheren Herrschaften, die man so oft als Staffage bei der Wohlfahrts-reklame — gebraucht hat?

Der Segen der Wohlfahrts-Einrichtungen für den Unternehmer ist so nachdrücklich, daß man sich nach Vermehrung solcher Institutionen sehnt. Und das Scharfmacherorgan hat eine ganz besondere Erfolge versprechende Spezies auf Lager. Um den Arbeitern die Waffe des Streiks noch sicherer als durch Pensionsklassen und Werkwohnungen aus der Hand zu schlagen, wird empfohlen, den kostenfreien Arbeitsnachweis in den Kreis der Wohlfahrts-Einrichtungen aufzunehmen. Die Arbeiter sollen die Wohlfahrt der freien Arbeitsvermittlung genießen — allerdings nur solche Arbeiter, die immer lieb und brav, nie unzufrieden waren, nie eine Forderung stellten und, vor allem, nie streikten! Diese Arbeiter sollen durch die Arbeitsnachweise selbstverständlich in Verzug erklärt, dauernd ausgeperrt bleiben. Da kann man wirklich nicht an der Wohlfahrt der Arbeitsnachweise — für das Unternehmertum — zweifeln: Arbeitsnachweise, Pensionsklassen und Arbeiterwohnungen dienen zwar (!) auch dem Vorteil der Arbeiter, aber in nachhaltiger Weise dem Interesse der Unternehmer — so sagt das Antiarbeiterblatt.

Die Arbeitsnachweise werden jetzt darum besonders als neuer Zweig am Wohlfahrtsbaum gepriesen, weil, wie das genannte Organ bemerkt, die Arbeiter anfangen, den Schwindel zu merken, sich gegen Einführung von Pensionsklassen sträuben, da sie einsehen, daß durch diese ihr „Selbstbestimmungsrecht geschmälert wird“. Wir können den „Wohltäter“ den Ärger über das Vernünftigerwerden der Arbeiter nachempfinden. Für das plündernde Kapital kann es wirklich nichts Unangenehmeres geben als Aufklärung und Klassenbewußtsein bei den Arbeitern!

Wir können uns der angenehmen Hoffnung hingeben, daß die Zerstörung des Wohlfahrtsmärchens durch das Unternehmerblatt sehr viel zur Aufklärung und zur Stärkung des Klassenbewußtseins beitragen wird. Darum Dank auch für diese Gabe!

Zum Schluß möge das Wesen der Wohlfahrts-Einrichtungen durch einige Bemerkungen noch etwas erläutert, zur besseren Übersicht des Gesamtbildes sollen die einzelnen Motive in einen engen Rahmen zusammengefaßt werden: Die Kosten der Werkwohnungen werden aus dem Ertrag der Arbeit der Werkangehörigen bestritten. Sie sind also eigentlich Eigentum dieser. Ihr Eigentum wird aber dazu benutzt, um sie zu ganz willenlosen Arbeitern zu machen. Machen sie sich irgendwo unbeliebt, dann wird ihnen das Arbeitsverhältnis gekündigt. Damit liegen sie auch aus der Werkwohnung hinaus, sie liegen obdachlos auf der Straße. Wer das vermeiden will, muß ganz, ganz artig und unterwürdig sein; er muß wählen, wie der Unternehmer will, er muß die Zeitung lesen, die dieser be-

stimmt, er darf nicht streiken, er darf überhaupt keine Forderung stellen, er muß blind gehorchen, wie es der Feudalherr befiehlt. In den meisten Kolonien geht der Terrorismus der Wohlfahrts-herrn so weit, daß der Kolonienvogt strenge darüber wacht, daß kein Unberufener die Wege und Häuser betritt. Händlern und Gewerbetreibenden ist das Betreten der Kolonien generell verboten, die Bewohner der Wohlfahrts-Häuser stehen unter schärfster Aufsicht und Kontrolle. Konsume, Warenhäuser, Restaurants etc. sind rein kaufmännische Unternehmen, aber da die Unternehmer durch direkten und indirekten Druck auf ihre Arbeiter einen sehr großen Umsatz erzielen, ist bei ihnen das Risiko viel kleiner als beim Privatgeschäft. Zu den Pensionsklassen etc. muß der Arbeiter hohe Beiträge zahlen, aber er hat keine Garantie auf Gegenleistung. Hat jemand viele Jahre Beiträge bezahlt und er glaubt Anspruch auf Rente erheben zu können, dann kann der Meister ihm durch ein Nachwort die Freude versalzen. Die Lösung des Arbeitsverhältnisses ist verbunden mit Ausschluß von allen Rechten an die Kasse, in den meisten Fällen wird auch nicht ein Pfennig von den eingezahlten Beiträgen zurückerstattet. Wer schon lange Jahre für die Kassen Opfer gebracht hat, will erklärlicherweise nicht nutzlos gesteuert haben, aber um der Gefahr zu entgehen, aller Ansprüche beraubt zu werden, darf der Arbeiter nie die Unzufriedenheit des Unternehmers erregen. Wer sich unbeliebt macht durch Anspruch auf Menschenwürde oder gar auf Beachtung als gleichberechtigter Faktor, der bekommt den Kündigungssettel und ist damit um alle Pensionshoffnungen und um die eingezahlten Beiträge betrogen. Die Arbeitsnachweise sollen dazu dienen, bei Einstellung von Arbeitern vorichtig Auslese zu halten, damit kein „Unzufriedener“ mehr die idyllischen Kreise der willenlos sich ducenden Wohlfahrts-Sklaven föhrt.

So sehen wir in den Wohlfahrts-Einrichtungen eine Kette von Maßnahmen, die nur den Zweck haben, die Arbeiter zu vollendetem Hörigen zu machen, dem Unternehmer zu ermöglichen, in stolzer Siegeslust seinen Fuß auf den Nacken der Lohnsklaven zu setzen.

Gegen den gemeingefährlichen Schaden der Wohlfahrtsplagerei muß die Gesetzgebung eingreifen! Die Verbindung, daß mit Lösung des Arbeitsverhältnisses auch sofort die Werkwohnung zu räumen ist, darf keine Rechtsirrtümlichkeit haben. Weiter muß die Zwangsmittelgesetzgebung zu den Pensions- und ähnlichen Klassen unter sagt und die Rückzahlung der Beiträge bei unwillkürlichem Ausscheiden aus der Klasse bestimmt werden. Arbeitsnachweise dürfen höchstens auf paritätischer Grundlage unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen verwaltet werden. Die „Beichte“ der Arbeitgeber-Zeitung wird dazu dienen, der Forderung der Arbeiter größeren Nachdruck zu verleihen, den Widerstand der Arbeiter zu stärken.

Unsere vorstehenden Ausführungen werden ergänzt durch Beispiele aus der Praxis, die in der von H. Calwer herausgegebenen Wirtschaftlichen Rundschau mitgeteilt werden. Danach hat bei der kürzlich stattgefundenen „Jubelfeier“ des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation der Generaldirektor Dr. Baare an die Angestellten und Arbeiter des Werkes eine Ansprache gehalten, in der er die Wohlfahrts-Einrichtungen des Vereins als den „Ausdruck der sozialen Fürsorge für die Arbeiter“ besonders lebhaft betonte. Es seien schon über neun Millionen Mark für „Wohlfahrts-Einrichtungen“ verausgabt worden; die „Baare-Gedächtnisstiftung“ sei auf zwei Millionen Mark gebracht worden, und die Pensionskasse erreiche annähernd die gleiche Höhe. Wie aber geschildert, sind die Wohlfahrts-Einrichtungen der Mehrzahl nach eben immer ein Mittel, die Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft zu hemmen, sich eine Arbeiterschaft zu erziehen, die nicht wagt, durch energische Vertretung ihrer Interessen ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern. Diese Wirkung zeigte sich beispielsweise bei den letzten Bochumer Gewerbergewerkschaftswahlen, die ganz „nach Wunsch“ des Bochumer Vereins ausgefallen sind. Für viele der großen industriellen Werke in der Eisen- und Stahlindustrie setzen sich die Wohlfahrts-Einrichtungen in eine erhöhte Rente für die Besitzer um. Das weiß Dr. Oskar Stille in einer loeben erscheinenden Schrift „Eisen- und Stahlindustrie“ für eine Reihe groß-industrieller Unternehmungen nach. Die Zylinder-Hütte, die mit dem Feiner Walzwerk ein gemeinsames Unternehmen bildet, versteht gemohnheitsmäßig eine Rente, die ganz enorm über die durchschnittliche Vergütung des in der Eisenindustrie angelegten Kapitals hinausgeht. So verteilte sich seit 1895 folgende Dividenden:

Jahr	Prozent	Jahr	Prozent
1895	28	1899	70
1896	53 1/2	1900	50
1897	54 1/2	1901	40
1898	62 1/2	1902	40

Zu den Gründen, die diese überdurchschnittliche Rente verursachen, gehört auch die „Arbeiterwohlfahrtspolitik“, die die Zylinder-Hütte betreibt. Die hervorragendsten Wohlfahrts-Einrichtungen, die im Laufe der Zeit geschaffen wurden, sind die Knappschaftskasse, die Sparkasse und die Arbeiterkolonie. Alle diese Einrichtungen verfolgen den Zweck, die Arbeiterschaft in starker Abhängigkeit und Gefügigkeit zu erhalten. So enthält das Knappschaftsstatut einen Passus, der geeignet ist, die Freizügigkeit der Arbeiter zu hemmen. Verläßt der Arbeiter das Werk, so gehen ihm alle trotz langjähriger Beitragszahlung erworbenen Rechte verloren; es wäre denn, daß der Knappschaftsvorstand einmal eine Ausnahme von dieser Regel gestattete.

Weit interessanter ist die zweite Wohlfahrts-Einrichtung des Zylinder-Hütte, die Sparkasse. Sie wurde aus zwei Gründen ins Leben gerufen: erstens um die Arbeiter „wirtschaftlich zu erziehen“, und zweitens, um sie „gegen die Lehren der Sozialdemokratie zu immunisieren.“ Betrachtet man die Einrichtung der Zylinder-Sparkasse näher, so bietet sie scheinbar dem sparenden Arbeiter äußerst günstige Bedingungen. Vor allem ist die Verzinsung der Sparanlagen

besonders hoch. § 8 des Sparkassenstatuts lautet nämlich: „In dem Jahre, in welchem die Jsseder Hütte an ihre Aktionäre mehr als 6 Prozent Dividende verteilt, erhalten diejenigen Einlagen, welche während des ganzen Kalenderjahres bei der Jsseder Hütte belegt waren, einen Ubergins, welcher zusätzlich der 6 Prozent Zinsen mit der an die Aktionäre zur Verteilung kommenden Dividende übereinstimmt. Jedoch wird unter keinen Umständen mehr als 20 Prozent (6 Prozent und 15 Prozent Ubergins), beim Weimer Malzwerk nur 10 Prozent vergütet, auch wenn an die Aktionäre ein höherer Betrag zur Verteilung gelangt.“ Da der Höchstbetrag der Einlagen für den einzelnen Arbeiter 1500 Mk. beträgt und die Jsseder Hütte von Jahr zu Jahr mehr als 20 Prozent Dividende an ihre Aktionäre verteilt hat, so erhält der Arbeiter, der der Sparkasse nach und nach 1500 Mk. übergeben hat, jährlich eine Verzinsung von 800 Mk.

Welchen Nutzen haben nun die Helfer der Hütte von dieser für die Arbeiter anscheinend so günstigen Einrichtung? Dr. Stüllich sagt darüber: „Man muß man aber nicht etwa glauben, daß die Hütte dieses jährliche Opfer von 800 Mk. umsonst auswirft. Sie verfolgt damit bestimmte Zwecke. Sie benutzt diese 800 Mk. dazu, um die Löhne nach Möglichkeit zu stabilisieren, das heißt, sie übt auf den Sparenden Arbeiter einen Druck aus in der Richtung, daß er zu dem bisherigen Lohne im Dienste der Gesellschaft bleibt, andernfalls hört die Verzinsung mit einem Schlage auf, sein Guthaben wird gekündigt. In § 14 heißt es nämlich: „Die Jsseder Hütte behält sich das Recht vor, sämtliche oder einzelne Guthaben der Sparer zu kündigen und jezeitigt sofort auszuhalfen“ —, in § 15: „Entlassene oder sonst außer Dienst kommende Inhaber der Sparkassen haben ihr Guthaben beim Austritt aus dem Dienstverhältnis in Empfang zu nehmen, da vom Tage des Dienstaustrittes an die Verzinsung ihres Guthabens aufhört.“ Die Verzinsung wird also nur unter der Bedingung gewährt, daß der Arbeiter nie seine Arbeit einstellt. Streiks sind dadurch hintangehalten, und in der Tat haben Arbeitseinstellungen auf dem Werke bisher nie stattgefunden.“

Eine dritte Wohlfahrts-Einrichtung ist endlich die Arbeiterkolonie. Es wurden eine Anzahl Familienhäuser erbaut mit je zwei Wohnungen, von denen jede aus drei Stuben und einer Kammer besteht. Der Mietpreis beträgt 120 bis 144 Mk. jährlich für die Wohnung. Mit diesen Mietshäusern erhält die Fabrikleitung starken Einfluß auf den Arbeiter auch außerhalb der Arbeitszeit. Infolge des Kündigungrechtes der Fabrik kann jede Unbotmäßigkeit, jede Lohnbewegung mit Obdachlosigkeit bestraft werden. Die Jsseder Hütte leiht aber auch ihren Arbeitern unlimitiertes Kapital, um ein eigenes Haus zu bauen. Freilich ist das Kapital seitens der Jsseder Hütte nur so lange unfündbar, als der Arbeiter im Dienste der Gesellschaft steht. Das eigene Heim geht verloren, sobald er die Arbeitsstelle wechselt. — Was haben nun die gesamten Wohlfahrts-Einrichtungen den Besitzern der Jsseder Hütte für Vorteile gebracht? Sie verfügen über willige und billige Arbeiter und damit über niedrige Produktionskosten, die allerdings auch noch durch andere Faktoren günstig beeinflußt werden. Die Löhne sind nach Stüllich sehr gering; jedenfalls geringer als auf den westfälischen Konkurrenzwerken. Dagegen ist die Arbeitszeit sehr lang.

dieser wurde folgendes beschlossen: Die Gewerkschaftsvorstände haben keine Mühe zu scheuen, den indifferenten Arbeitern verständlich zu machen, daß die Gewerkschaft nicht nur eine Versicherungskasse ist, sondern, daß sie auch dazu dient, die allgemeinen Interessen der Arbeiter zu studieren und zu beschützen. Die Syndikate haben über die Ausführung der Fabrikgesetze zu wachen, die Lohnsätze zu sammeln und eine gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit herbeizuführen etc. Weiter bezogen sich noch eine Anzahl Forderungen auf Einführung eines Minimallohns — in dem Sinne der Enzyklika Rerum novarum —, auf Abschaffung des Trudsystems, Aufhebung der Lohnsätze, der gesetzlichen Protektion der Arbeiterinnen, Einführung der Sonntagsruhe, der Subventionierung der Arbeitslosenkasse der Gewerkschaften durch die provincialen und kommunalen Behörden.

Dieses Wunschprogramm ist das Alphabet der Demagogie. Zwar unterscheidet es sich von dem der modernen Gewerkschaften nicht, aber von einem kirchlichen Kongress in Belgien verkündet wird es der reine Hohn. Wenn irgendwo, so tritt gerade hier der Jesuitismus der Klerikalen unverblümt auf. Man erwäge: auf dem Kongress wird von den Klerikalen gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit gefordert, während in den von ihrer seit Jahrzehnten unumschränkt herrschenden Regierung und von ihren gepflegten Klöstern und „Kirchenfabriken“ Weib, Kind und Greis ausgebeutet wird in einer Art, die den letzten Kuli noch wütröt werden läßt. In La Louvière wird der Arbeiterinnenschutz gefordert, während die Genossen der Kongressisten in der Regierung keine Hand zum Schutze der Frauen und Mädchen rühren. Man verlangt die Einführung der Sonntagsruhe, während die gut christliche Regierung noch jeden diesbezüglichen Antrag der Sozialisten in der Kammer mit einem Säbel-Manchesterbläs erkaufte.

Diese demagogischen Gierstände begreift nachgerade auch der zurückgebliebene belgische Proletariat. Obwohl er zum großen Teile nicht lesen und schreiben kann, fühlt er, daß er bei den Klerikalen nicht gelassen kann. Hierfür reden die Daten über den Mitgliederstand der christlich-klerikalen Gewerkschaften. Sie zählen 115 Gruppen mit 14 759 Mitgliedern. Diese Zahl ist seit Jahren schon ziemlich unverändert. Uns scheint, diese Zahl sei noch künstlich in die Höhe gehraubt. Aber auch, wenn man ihre Richtigkeit voraussetzt, so beweist sie nur Erfolge von ziemlich geringer Bedeutung. Dies besonders in Anbetracht der Mittel und Kräfte, über die die Klerikalen in Belgien verfügen. Geistliche, Fabrikanten, Kleinmeister stehen ihnen zu Diensten. Trotz alledem haben sie nirgends nennenswerte Fortschritte buchen können. Nur in Gent haben sie 3922 Mitglieder. In diesen werden die herrschenden Klerikalen wohl keine großen Freuden mehr haben, wenigstens sind die in Gent christlich-organisierten Arbeiter zu Keiltreibern immer weniger zu gebrauchen, sondern lehnen sich von Fall zu Fall an die dort starken sozialistischen Gewerkschaften an. Die referierten 10 000 Mitglieder sind ziemlich gleichmäßig über das ganze Land verteilt. Nach Branchen geordnet zählen die christlichen Gewerkschaften: 3794 Textilarbeiter, 1295 Schneider, 1188 Maurer, 1021 Metallarbeiter, 952 Holzarbeiter, 962 Staatsarbeiter, 960 Bergarbeiter und 730 Fabrikarbeiter. Chagrin.

**Die Bankkontrolle in Berlin und Umgegend.**

Einem Beschluß der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes entsprechend, ist in der Zeit vom 18. September bis 19. Oktober dieses Jahres eine Kontrolle der Berliner Bauten vorgenommen worden. Der Zweck der Kontrolle war, festzustellen, wie die baupolizeilichen und tariflichen Vorschriften eingehalten werden. Kontrolliert wurden 297 Bauten. Das Resultat dieser Kontrolle ist das folgende:

Berufe	Kontrolle nach Bauten		Baukosten		Arbeitslohn		Sicherheitsmaßnahmen		Klempner		Bemerkungen
	kontrolliert	nicht kontrolliert	in Gulden	in Mark	in Gulden	in Mark	in Gulden	in Mark	in Gulden	in Mark	
Klempner	186	360	141	45	184	140	35	7)	2)	5)	
Gas-, Wasser-, Heizungsrohrlager und Helfer	211	781	205	6	209	196	13)	—	—	—	7)
Elektromonteur	29	81	23	1	29	21	8	—	—	—	
Anschläger	107	265	105	2	—	—	—	—	—	—	8)
Schlosser	23	46	3	20	—	—	—	—	—	—	—

**Bemerkungen.**

**Klempner.** In einem Fall unter 1) arbeitete in der Belzigerstraße 12 ein Klempner mit ganz verkrüppeltem Fuß. An der Schürung, die sehr schlecht abgedeckt war, fehlte teilweise jegliches Stößbrett und Geländer. In drei Fällen unter 2) und 3) wurde durch Rücksprache mit dem Polier der Bauten für Abhilfe gesorgt. In fünf Fällen unter 4) und 5), und zwar: Hausburgstr. 20, Wundenweberstraße und v. Reptomplaz-Gde, Hansa-Str., Gde Tilsen-Bergstraße, Legeler Weg 2 und 3 und Rogat, Gde Hermannstraße, wurde teils durch Meldung an die Baupolizei, teils durch Meldung an die örtliche Bauaufsicht für Abhilfe gesorgt. In den fünf Fällen unter 6) handelt es sich bei der Firma Pieschmann um Projekte für Überhunden, die Firma Menzel (Kantow) zahlte kein Fahrgeld, die Firmen Petersen, Möhrstadt, zahlen den tarifmäßigen Lohn nicht und auch kein Fahrgeld und keine Fahrzeitentschädigung. In einem Falle verzweigte ein Kollege der Firma Rom & Schuler die Aushunft.

**Rohrlager.** In den Fällen unter 7) befanden sich die verschließbaren Räume im Keller, sie sind teilweise sehr senkrecht, in einem Falle ist der Abort dicht davon. In den Fällen 1) und 2) sind die Leitern sehr schwach und primitiv, in einem Falle unter 3), und zwar Kronenstr. 38, hatten die Rohrlager bei einem Graben von 1,60 Meter kein Streifzug (Unternehmer Schmidt, Gipsstrasse). In fünf Fällen unter 4), und zwar bei: Unternehmer Schulz-Hildorf nach Schwalbeinstrasse N., Unternehmer Möhrstadt-Moabit nach Hildorf, Unternehmer Hempel & Zimmer-Schöneberg nach Hildorf, Unternehmer Jeschke-Pantow nach Charlottenburg, Unternehmer Sauer, Frankfurterstraße, nach Schöneberg, zahlen keine Fahrzeitentschädigung. Unternehmer Robig, Schleißische Straße, zahlt nicht genügend Fahrzeitentschädigung. Unternehmer Matthes & Co. zahlt an Rohrlager bloß 30 Pf. Stundenlohn.

**Elektromonteur.** In bezug auf deren Löhne wurde ermittelt, daß diese 37 bis 50 Pf. pro Stunde betragen, die Organisationsverhältnisse sind nicht gut.

**Anschläger.** In sieben Fällen unter 7) wurde festgestellt, daß die Anschläger zum Meisteramt arbeiten. In einem Falle, Belzigerstraße, Gde Nahrungstraße, verzweigten die Anschläger die Aushunft, sie erklärten nicht organisiert zu sein.

**Schlosser.** Hierzu ist zu bemerken, daß der größte Teil der Schlosser in bezug auf verschließbare Räume erklärten, sie hätten höchstens ein bis zwei Tage auf den Bauten zu tun und da lohne es sich nicht. Bei Räumungen begnügen sich die Schlosser mit den primitivsten Einrichtungen. In bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen waren die Angaben sehr zurückhaltend, meistens lag es wohl an nötigen Vertrauen gegen den Kontrollleur. In einem Falle wurde die Aushunft verweigert.

Die Aborte der übrigen Bauarbeiter werden auch von unseren Kollegen bemngt. Auf 236 Bauten waren die Aborte in allem Zustand, auf neun waren sie im Keller und die Zugänge sehr dunkel,

auf 29 waren schadhafte Wände und Dächer und sehr primitiv. Säge vorhanden, unreinlich waren sie und wurden nicht rechtzeitig geleert auf 23 Bauten.

**Zum Ausbau unseres Verbandes.**

Da verschiedene Kollegen in unserer Zeitung teils für, teils gegen die von der letzten Generalversammlung abgelehnte Krankenunterstützung das Wort genommen haben, will auch ich einige Worte dazu sagen. Mich veranlaßte hierzu in erster Linie der Artikel des Kollegen Schneidewind in der Nummer 44. Wie die meisten Kollegen, die zu diesem Punkte in unserer Zeitung das Wort genommen haben, rebet auch er zugunsten der Krankenunterstützung. Ich will nun von vornherein gestehen, daß ich gegen jede weitere Einführung von Unterstützungsweigen in unserem Verband bin, ehe nicht die bereits vorhandenen noch weiter ausgebaut sind. Doch glaube ich, daß die nächste Generalversammlung auch hierzu nichts tun können, da der Zeitpunkt zu einer Erhöhung der Beiträge mir nicht geeignet erscheint. Wer viel in mittleren und kleinen Städten gearbeitet hat, der weiß, daß es heute schon manchen Kollegen schwer wird, die 40 Pf. zu zahlen, da für den, der an der Arbeiterbewegung regen Anteil nimmt; nicht bloß der Verbandsbeitrag in Frage kommt. Dieses scheint aber auch der Kollege Schneidewind genau zu wissen, darum schlägt er die stufenförmige Erhebung der Beiträge vor. Diese ist aber für eine moderne Arbeiterorganisation überhaupt nicht diskutabel, denn als solche haben wir die Pflicht darauf hinzuwirken, die Klaffengegeißelte zu heilsigen. Wir würden aber durch diese Klasseneinteilung auch noch einer leider sehr verbreiteten Unsitte unter den Kollegen Vorschub leisten. Denn in fast allen Betrieben, in denen ich gearbeitet habe, habe ich die Beobachtung gemacht, daß viele Kollegen, die ein paar Monate länger da sind und auch vielleicht einige Pfennige mehr verdienen, die andern gewissermaßen „herablassend“ behandeln. Nach Durchführung des Vorschlags des Kollegen Schneidewind würde diese Unsitte geradezu noch gefördert werden.

Nach in anderer Hinsicht wird noch viel und besonders von den alten Kollegen gefordert. Während der Pausen in der Fabrik wird besonders von den älteren Kollegen über diese und jene Frage diskutiert. Kommt nun einmal ein jüngerer in die Nähe einer solchen Diskutiergruppe, so schweigt man gewöhnlich still. Fragt nun so ein junger Kollege, über was denn gesprochen werde, so antwortet man ihm gewöhnlich: „Das ist noch nichts für dich.“ Durch solche Behandlung fößt man aber den Kollegen vor den Kopf und das wird auch abstoßend auf die noch nicht Organisierten. Ich meine, solche Dinge, die dieser oder jener „nicht zu wissen braucht“, die diskutiert man dann eben nicht an Orten, wo so „neugierige“ Kollegen vorhanden sind. Daß so etwas aber auch noch von Verbandsmitgliedern verübt wird, das liegt daran, daß vom Verband noch zu wenig für die Erziehung und Bildung der Mitglieder getan wird. Wenn hier der Hebel einmal mehr wie bisher angelegt würde, so würde das erzieherisch wirken und wir würden dem Verband dadurch mehr Mitglieder zuführen, wie durch die Krankenunterstützung. Überhaupt wäre es besser, wenn man bei der Werbung von Mitgliedern mehr die ideale Seite in Betracht ziehen würde als immer bloß von den materiellen Vorteilen zu reden. Denn das, was Kollege Schneidewind mit einer handvoll Idealkisten nicht erreichen kann, das wird man auch ganz gewiß nicht mit zwei Händen voll Leuten erreichen, die überhaupt keine Ideale besitzen.

Im übrigen glaube ich, daß unser Verband nicht durch die Unterstützungen zu dem geneordnet ist, was er ist, sondern es kommt vor allem auf den Geist an, von dem eine Organisation befeelt ist. Man komme also nicht immer und sage, ohne weitere Unterhaltungen sind keine Mitglieder mehr zu werden. Sehen wir uns einmal den Zentralverband der Maurer an, er steht uns in der Zahl der Mitglieder nicht weit nach, und hat weder Arbeitslosen- noch Krankenunterstützung. (Doch, er hat Krankenunterstützung! Reb.) Und ich glaube, er hat seinen Mitgliedern mehr Vorteile bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen wie der Metallarbeiter-Verband.

Also, ich meine, bevor wir zur Einführung weiterer Unterstützungen und zur Erhöhung der Beiträge gehen, ist es unsere Pflicht, die noch so große Masse uns fernstehender Metallarbeiter in der Provinz zu uns heranzuziehen, damit sich auch diese erst mit Hilfe ihrer Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen und damit auch eine Erhöhung der Beiträge ertragen können. Und ehe wir diese nicht haben, werden auch alle Bemegungen der Kollegen in den Großstädten nur eine minimale Bedeutung haben, ja, sie werden zum Teil mit dem Siege der Unternehmer enden, weil das Heer der Arbeitswilligen aus der Provinz noch zu groß ist. Sollte es aber nötig werden, unsere Kriegsstöße zu stärken, dann ermächtigt man den Vorstand, bei großen Streiks und Aushunftverweigerungen, sobald es nötig, einen Extrabeitrag zu erheben.

Sand-Bergedorf. Gustav Segner.

**Hirsch-Dunckerische Heldentaten.**

**Streikbrecherorganisation ohne Feigenblatt.**  
Die Hirsch-Dunckerischen haben ihrem Ruhmeskranz ein neues Blatt eingefügt. Wie im Falle Meßlich vermitteln die Hirsch-Dunckerischen nun auch für Haynan Streikbrecher. In Nr. 46 des Regulator befindet sich in auffällender Schrift folgendes Inserat:

**15-20 Schlosser**

zum sofortigen Eintritt für lohnbare, dauernde Beschäftigung gesucht.  
Haynaner Wandtiefen-Fabrik  
G. Grell & Co., Haynan, Schl.

Dem Verdienste seine Krone! Die Herren G. Grell & Co. sind dankbare Leute, sie zeigen sich erkenntlich. Dafür, daß der Regulator in seinem redaktionellen Zeile so wirksam die Interessen der Firma gegenüber ihren streikenden Arbeitern vertritt, drückt sie dem Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter auch in Form von Inseratengeldern ihren Dank in klingender Münze aus. Die Scham ist also wirklich zu den Hunden entflohen!

**„Böswillige Verleumdung.“**

Der „Geiß“, der in Hirsch-Dunckerischen Organisationen herrscht, wird treffend illustriert durch folgende „Erklärung“, die sich im Schwarzwälder Boten vom 4. November d. J. befindet:

**Erklärung.**

Im Auftrag des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter (Gewerkeverein Hirsch-Duncker) Alpirsbachs erkläre ich, daß die verbreitete Aussage von Schlosser Guhl in Alpirsbach, der Gewerkeverein habe beschlossen, kommenden Frühjahr wird in den Geschäften in Alpirsbach gestreikt, auf Unwahrheit beruht und so lange als böswillige Verleumdung angesehen wird, bis Guhl den Beweis erbringt für seine Aussage.  
H. Keppeler, Agitationsleiter, Schramberg.

Wir können Herrn Keppeler bei, daß es böswillige Verleumdung ist, vom Gewerkeverein zu behaupten, er beabsichtige, einen Streik vorzubereiten. Herr Keppeler ist ein unschuldvolles Gemüt, durch seine Erklärung hat er einen Einblick in die Gedankenwelt der Hirsch-Dunckerianer ermöglicht, wofür man ihm nur dankbar sein kann. Aber der „Käffel“, den er von seinen „Oberen“ in Berlin erhalten wird, dürfte nicht allzu gelinde ausfallen. Nicht etwa deshalb, weil man dort mit Keppeler innerlich nicht übereinstimmt, sondern weil er so unvorsichtig war, der Wahrheit die Ehre zu geben.

**Christliches aus Belgien.**

Am 18. und 19. September hielt die Organisation der belgischen Klerikalen, die Ligue démocratique ihren Kongress in La Louvière ab. Diese Organisation enthält mehr den proletarischen Geerban des herrschenden Klerikalismus in Belgien. Die Sturm- und Drangperiode des belgischen Proletariats schuf eine Anzahl christlicher Vereine, die sich dann später in die Ligue démocratique verbandelten. Die kleinen Seelenhirten, die anfangs des letzten Jahrzehntes des vorigen Jahrhunderts im christlichen Schaffall im Delirium vielerprechend gegen die Gekochrante rumsirten, waren bald durch einen Wind von Rom zum Gemacht. Und die Wortführer der christlichen Arbeitersyndikate, die Advokaten de Riarts, Verhaegen etc. hielten es für besser, die Gunst der herrschenden klerikalen Clique zu erhalten, als in der Opposition gegen sie Vorbeeren zu suchen. Den einen leuchtete für ihren Gehorsam bald wieder die römische Sonne in ihrem vollen Glanze, und die anderen erhielten Kompensationen in Gestalt von Futtertrögen an der Staatskrippe oder Abgeordnetenmandate. So war bald wieder Friede im Tempel des Herrn. Nun galt es, den in Lauf gebrachten christlichen Fluß auf die klerikalen Wädhler zu leiten. Die Klerikalen wären schlechte Jesuiten gewesen, wenn ihnen dies nicht gelungen wäre. Und die Mitglieder der Ligue? Die einen, die große Mehrzahl kleine Handwerker, Gewerbetreibende, Angestellte etc., alleamt Spießer im weiten Sinne des Wortes, hatten Grund und Ursache, nicht zu viel Unfrieden mit zu stiften, sie waren launt und besonders froh, wieder die erste Bürgerpflicht die Ruhe pflegen zu können. Die anderen, Fabrik- und Textilarbeiter, waren intellektuell viel zu weit zurück, um die geheimen Wege und Fäden eines verwegenen Jesuitismus verfolgen zu können, oder sie waren in einer Abhängigkeit, die ihnen die Erhaltung des täglichen Brotes notwendiger erscheinen ließ, als die vorkühelnde Aufnehmung gegen den von ihnen wortführenden Advokaten vorkühelnden Betrat. Die Organisations der kleinen Handwerker wurden ausgebaut, die der Bauern mit Einwirkungsgewerkschaften oder mit Beschützungen gegen alle möglichen Unfälle versehen oder dazu angewandt, in den Organisationen der Arbeiter wurden Klassen gegen Arbeitlosigkeit, Krankheit etc. geschaffen. In allem und überall war die Kirche sichtbar. Hier diente der Geistliche, der Agent des regierenden Klerikalismus, als Berater und Sekretär, verhalf den Bauern durch — Annehmung des Allerhöchsten zu einer günstigen Ernte, dort behütete er den Proletarier vor Unzufriedenheit und vor dem vermaldeiten Unsturz. Das klerikale Maschinenwerk lief ziemlich gut, ein Rad, das vielleicht den Dienst versagte, war bald wieder eingewerkelt. Inzwischen der Ligue, des Geerbanes der „gehühelnten Bauernboten“ blieb nur ein kleines Föhulein, das sich um den Abbe Darns, dem „großen verfolgten Cyane“, scharte. Aber dieses ist wenig, ist im politischen und wirtschaftlichen Kongress Belgiens eine so schwache Seite, daß man ihn nicht viel Worte zu widmen braucht.

So befinden sich in der Ligue démocratique die hetzogensten Elemente, die aber infolge schlauer Organisation alle an Begegn des Klerikalismus ziehen. Die nicht rein proletarischen Vereine scheinen sich noch immer zu vermehren. Leders steht es mit den Gewerkschaften der christlichen Arbeiter. Der letzteren Vertretung war ein dem Kongress eine ziemlich magere. Und die beste Zeit der Verhandlungen wurde dazu verwendet, den christlichen Gewerkschaften Leben und Blut einzubringen. Auf dem Kongress waren die christlichen Textilarbeiter, Bergarbeiter, Holzarbeiter, Schneider und Schuhmacher und noch einige neurale Syndikate vertreten. Die letzteren haben zwar mit dem sonstigen Programm der Ligue und auch mit den christlichen Gewerkschaften nichts zu schaffen, aber sie leisten hier als Kollateralien Dienste. Eine Plenarversammlung wurde dem Bericht des Bischofs Rattien über die christliche Gewerkschaftsbewegung gewidmet. Nach diesem Bericht ist die christliche Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahre stillgefallen, was man der Unzulänglichkeit der Agitation zuschreibt. Zur besseren Vertretung

Die Lohnbewegung in der Berliner Gelbmetallindustrie.

In der Situation ist noch keine Änderung eingetreten. Die Rühnemänner wollen nicht nachgeben und die Arbeiter erst recht nicht. Da die Arbeiter nun einmal nicht zu Kreuze kriechen wollen, so bemüht sich die Arbeitgeber-Zeitung nach Kräften, die Lage der Streikenden als eine verzweifelte zu malen.

Wie wenig wohl den Fabrikanten denn auch zu Mute ist, beweisen ihre fortgesetzten, äußerst kostspieligen Bemühungen, Arbeitswillige heranzuziehen. Sie schicken Agenten in die Fremde und annoncieren in den Blättern aller namhaften Städte nach Arbeitskräften; ja sogar an die — Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg haben sie sich gewandt, und diese suchte dann durch Vermittlung des Arbeitsnachweises in der Gornaustraße, der sich wieder bei dem Arbeitsnachweise der — Metallarbeiter darum bemühte, Drücker, Bürster, Schleifer, Former u. s. w. für die Fabrikanten anzuwerben, natürlich mit dem „verdienten Erfolg“.

Wir können den Kollegen nur raten, sich genau zu informieren, zu welchem Zwecke sie eventuell nach Berlin gelockt werden sollen. Wer hierher kommt und es dann mit seiner Ehre nicht vereinbaren kann, Streikbrecher zu spielen, kann bittere Enttäuschungen erleben. Folgender Fall ist vorgekommen: Ein Gürtler aus Hamburg, den die Arbeitgeberagenten der Rühnemänner von dem Streik keine Mitteilung gemacht hatten, verweigerte auf Grund der ihm von den Streikposten gewordenen Aufforderung die Weiterarbeit als Arbeitswilliger und verlangte das vorauslagte Reisegeld zurück.

Zuzug von Berlin ist unter allen Umständen streng fernzuhalten, von den Machinationen der Agenten der Rühnemänner ist sofort an die Verbandsstellen zu berichten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung. Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 20. November der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. November bis 26. November 1904 fällig ist.

Nachdem vom Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter die Arbeitslosenunterstützung vom 1. Oktober 1904 an nach einjähriger Mitgliedschaft gewährt wird, tritt folgende Änderung bei Erledigung von Übertrittsanträgen von Mitgliedern des genannten Gewerbevereins ein:

Mitglieder des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, die diesem bereits 52 Wochen angehören und ihre Beiträge für diese Zeit bezahlt haben, gelten beim Übertritt als vollberechtigt, die, die noch keine 52 Wochen Mitglied des genannten Gewerbevereins sind, als nichtvollberechtigt.

1. Vollberechtigte Mitglieder. Inhaber dieses war Mitglied des Gewerbevereins der ... eingetreten am ... bis zum heutigen Tage, an welchem sein Übertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband unter Anrechnung seiner bisherigen Mitgliedschaft auf die Karenzzeiten, beziehungsweise Unterstützungsleistungen im Deutschen Metallarbeiter-Verband, einschließlich der Arbeitslosenunterstützung erfolgte.

2. Nichtvollberechtigte. Inhaber dieses war Mitglied des Gewerbevereins der ... eingetreten am ... bis zum heutigen Tage, an welchem sein Übertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband unter Anrechnung seiner bisherigen Mitgliedschaft erfolgte.

Bemerkte sei noch, daß Mitglieder des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, die schon zwei oder drei und mehr Jahre Mitglied dieser Organisation sind, beim Übertritt selbstverständlich Anspruch auf die Unterstützungen der entsprechend höheren Klassen haben.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelnotabedern der Hauptklasse die Erhebung eines Extrabeitrags

gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Kempten die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 5 Pf. pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 8 Abs. 3 des Statuts:

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Aue i. S.: Der Klempner Paul Haustein, geb. am 31. Januar 1879 zu Niederplanitz, Buch-Nr. 557 725, wegen Betrugs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Klempner Paul Spalteholz, geb. am 15. Oktober 1876 zu Dresden, Buch-Nr. 5-10948, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Halle a. S.: Der Klempner Albert Guth, geb. am 12. Dezember 1885 zu Halle a. S., Buch-Nr. 695414; der Klempner Friedrich Reinicke, geb. am 22. Februar 1871 zu Lößelun, Buch-Nr. 462309, beide wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mentlingen: Der Drahtweber Karl Gedecker, geb. am 23. Februar 1880 zu Nommelsbach, Buch-Nr. 668171; der Drahtweber Stephan Waisch, geb. am 4. Mai 1875 zu Döblingen, Buch-Nr. 668196; der Drahtweber Ludwig Henzler, geb. am 28. November ? zu Großballin, Buch-Nr. 579045; der Drahtweber Fritz Pfeiffer, geb. am 27. Februar 1837 zu Bietigheim, Buch-Nr. 552737; der Drahtweber Martin Kaiser, geb. am 12. Juni 1879 zu Degereschlacht, sämtliche wegen Streichbruch.

Wieder aufgenommen wird: Auf Antrag der Einzelmitglieder in Schmiedeberg: Der anlässlich des Leipziger Formerstreiks ausgeschlossene Former Robert Urban Ehen, geb. am 21. April 1867 zu Schönheide.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begehrenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerken, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Dem Schlosser L. Barnstorff, geb. am 28. November 1886 zu Buchholz, Buch-Nr. 688672, auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ludwigsfelde a. Rh., Entwendung von 7 Beitragsmarken.

Dem Maschner Anton Kienle, geb. am 24. Oktober 1865 zu Disingen, Buch-Nr. 642861; Dem Former Witus Werner, geb. am 18. Juli 1874 zu Heuchlingen, Buch-Nr. 597195, auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hlm a. D., Erfindung von Unterstützung.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Räte-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drechern, Formern und Schlossern nach Bamberg (Gebrüder Langhammer) M.; von Feilenbauern nach Rhendt (W. Köhler) D.; nach Ufer in der Schweiz; nach Zürich (Widwe Hougger) St.; von Feinmechanikern, Werkzeugschlossern und Schleifern nach Wandersbeck (Dr. Lütke & Rindt) St.; von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Basel (Maschinenbau-Gesellschaft); nach Breslau (Kern) R.; nach Dortmund (Suhmann) M.; nach Hase (F. Wittmanns Nachf.) M. u. R.; nach Solingen (Woop, Inhaber Stöcker); nach Tangerhütte (Eisenhütten- und Emailierwerk Franz Wagenführ) M. u. D.; von Gürtlern, Drückern, Schleifern, Weizern, Drechern und Metallformern nach Berlin; nach Erfurt; von Maschinenbauern, Drechern, Schlossern etc. nach Paris, wegen großer Arbeitslosigkeit; von Metallarbeitern aller Branchen nach Dessau (Waggonfabrik) M.; nach Düsseldorf in Luxemburg (Deutsch-Luxemburgische Bergbau- und Hütten-Unterschieds-Gesellschaft) M.; nach Frankfurt a. M. (Kleyer) M.; nach Kammstatt (Metallwarenfabrik Weissenburger & Co., Vandeck & Gupmann, Knecht & Co., Fr. Haaga) v. St.; nach Mühlhausen i. Th. (Walter & Co.) M.; nach Nürnberg (Optisch-mechanische Spielwarenfabrik von E. Wiant) M.; nach Nüßelsheim (Fahrstuhl) M.; nach Tangerhütte (Eisenhütten- und Emailierwerk Franz Wagenführ) M. u. D.; von Metalldruckern nach Zirndorf (ausgenommen Firma Kernloch); von Metallgießern nach Eberswalde (Lini) St.; von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.; von Schleifern und Polierern nach Durlach (Grigner) St.; nach Etlingen; nach Karlsruhe Str.; von Schlossern nach Arbon i. d. Schweiz (Amman); nach Magdeburg (Gülfroy, vorm. Sonnemeier & Co.) M.; von Schlossern, Schmieden und Drechern nach Haynau i. Schl. (Maußnerfallensfabrik) D.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Aufsperrung; D.: Differenzen; N.: Maßregelung; Th.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Bei Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Aus den Agitationsbezirken.

V. Bezirk.

Am Sonntag den 11. Dezember 1904 findet für den fünften Bezirk eine

Bezirkskonferenz

im Konzerthaus zu Halle a. S., Karlstr. 14, statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht über die Tätigkeit im fünften Bezirk und Anstellung eines zweiten Bezirksleiters, eventuell Wahl einer Prüfungskommission für die Bewerbungen.
- 2. Der nächste Gewerkschaftskongress und Wahl eines Delegierten dazu.
- 3. Stellungnahme zur Generalversammlung in Leipzig 1905.
- 4. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Sämtliche Verwaltungsstellen des fünften Bezirkes werden hiermit ersucht, die Konferenz zu beschicken. (Nur die Verwaltungsstellen Wittenberg und Wittenberge senden ihre Delegierten nach Berlin zur Konferenz des dritten Bezirkes, dem sie von jetzt ab, nach den Beschlüssen des ergänzenden Ausschusses, angehören.)

Die Wahlen sind sofort nach § 19 des Verbandsstatuts vorzunehmen. Das Resultat ist rechtzeitig an die Adresse des Bezirksleiters einzusenden. Mandatsformulare werden in nächster Zeit versandt.

Die gewählten Delegierten müssen am Sonntag den 11. Dezbr. früh 9 1/2 Uhr, in Halle a. S. sein. Alle Delegierten werden ersucht, an die untenstehende Adresse Mitteilung zu machen, wann sie in Halle a. S. eintreffen und ob sie Logis angewiesen haben wollen.

Anträge sind spätestens bis zum 1. Dezember d. J. einzusenden. Die Bezirksleitung.

J. A.: Otto Voß, Halle a. S., Taubenstr. 2, 1.

IX. Bezirk.

Am Sonntag den 18. Dezember dieses Jahres findet für den neunten Bezirk eine

Bezirkskonferenz

im Mühlstein Saale in Karlsruhe, Kaiserstraße 19, statt. Die Konferenz beginnt vormittags präzis 5 Uhr.

Tagesordnung:

- 1. Der gegenwärtige Stand unserer Organisation im neunten Bezirk.
- 2. Stellungnahme zu dem weiteren Ausbau des Unterstützungsweffens.
- 3. Stellungnahme zum nächsten Gewerkschaftskongress und Wahl eines Delegierten.
- 4. Erledigung sonstiger Anträge.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des ergänzenden Ausschusses sind sämtliche bisherigen Verwaltungsstellen des neunten Bezirkes sowie die neu hinzugekommene Verwaltung Worms zur Entsendung von Delegierten berechtigt.

Die Wahl der Delegierten erfolgt nach § 19 Abs. 3 des Statuts. Von dem Resultat der Wahl ist umgehend Mitteilung an die Bezirksleitung zu machen. Mandatsformulare gehen den Verwaltungen in den nächsten Tagen zu.

Die Delegierten ersuchen wir, uns mitzuteilen, wann sie in Karlsruhe eintreffen und ob sie Logis wünschen.

Anträge der Verwaltungsstellen müssen bis 11. Dezember bei der Bezirksleitung eingegangen sein. Die Bezirksleitung.

J. A.: Karl Vorhöfzer, Stuttgart, Rätestr. 16b.

Korrespondenzen.

Gold- und Silberarbeiter.

Pforzheim. Am 7. November fanden hier zwei große öffentliche Versammlungen der in der Silber-, Metall- und Stahlgewerbebranche beschäftigten Arbeiter statt, in denen die Kollegen Vorhöfzer und Weip über die Fragen: „Wie stellen sich die Kollegen zu einer erhöhten Bezahlung der Überstunden?“ referierten. Die Versammlungen waren außerordentlich gut besucht, woraus man schließen darf, daß die Kollegen dieser Forderung Interesse entgegenbringen und entschlossen sind, ihr den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. Wie bereits bekannt sein dürfte, gewähren seit kurzer Zeit die Danauer Bijouteriefabrikanten 25 Prozent für Überstunden und 50 Prozent für Nacht- und Sonntagsarbeit. Wer die hiesigen Verhältnisse kennt, weiß, daß den Winter hindurch bis 9 und 10 Uhr abends und noch später gearbeitet wird, und daß im Sommer viele Arbeiter ausziehen müssen, der wird auch verstehen, warum wir gerade auf diese Frage so viel Wert legen. In einem Artikel dieser Zeitung schilderten wir bereits den Konkurrenzstreit der Fabrikanten der Silberwarenbranche, und dieser Wettbewerb der Unternehmer ist es, der die Warenpreise arg heruntergedrückt hat. Wenn nun durch Gewährung von Prozenten die Überstunden erheblich eingeschränkt werden, so wird mit der Zeit die sogenannte Saisonindustrie in gesündere Bahnen geleitet. Dann ist auch Hoffnung vorhanden, daß die Bijouteriefabrikanten sich ein Beispiel an ihren Kollegen der Silberwarenbranche nehmen und ebenfalls eine Regelung der auf die Dauer nicht mehr haltbaren Verhältnisse vornehmen. Wir haben auch in Pforzheim eine kleine Anzahl einmütiger Unternehmer, die für Gewährung von Prozenten für Überstunden sind und wir hoffen, daß das ganze Unternehmertum Pforzheims sich diese Frage gut überlegt und unierer berechtigten Forderung Rechnung trägt. Wir wollen aber nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß es Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft ist, noch viel mehr für die Organisation tätig zu sein als dies bisher der Fall gewesen ist. — Nun, wir wollen abwarten, wie sich die Herren Unternehmer zu der Forderung verhalten, aber das eine wissen wir bestimmt: sollten sie zur Ablehnung der Forderung kommen, so werden wir nicht eher ruhen, bis sie durchgeführt ist.

Klempner.

Chemnitz. Am 4. November wurde im Schützenhaus eine öffentliche Klempnerversammlung abgehalten, in der Kollege Krause über die diesjährige Lohnbewegung ausführlichen Bericht erstattete. Aus diesem ist folgendes hervorzuheben: Die Lage der hiesigen Klempner ist eine äußerst rückständige gegenüber der der Kollegen anderer Großstädte. Einzigartige Gesellen versuchen wohl schon seit Jahren die älteren Kollegen zu bewegen, mit dafür einzutreten, daß die Arbeitszeit und der Lohn den Verhältnissen an anderen Orten etwas näher kämen, was aber bisher nie möglich war. Im vorigen Winter hatte es den Anschein, als wenn die Klempnergesellen nun doch zusammentreten wollten, um von ihren Meistern zu verlangen, daß ein Tarifvertrag abgeschlossen werde, wozu sicher die Bewegung der anderen Bauhandwerker mit beitrug. Die Klempnerorganisation, die für die Bauklempner in Frage kommt, zählt 129 Mitglieder, darunter drei Fabriken für Kronleuchter, Eisenkränze und Ornamente. Im weiteren 10 Betrieben werden Spezialartikel angefertigt für Spinnereien, dann Blechgefäße, Acetylenapparate, Schornsteinaufsätze, Ofenrohre und dergleichen. Mehrere Meister beschäftigen keine Gesellen, so daß für die geplante Lohnbewegung circa 90 Betriebe mit ungefähr 210 Gesellen in Betracht kamen. Am 1. Februar reichte der Gesellenausschuß bei dem Innungsvorstand den Entwurf zu einem Tarifvertrag ein, in dem ein Minimallohn von 35 Pf. gefordert wurde für Gesellen bis zum 23. Lebensjahre, 40 Pf. für die von 20 bis 25 Jahren und 45 Pf. für die über 25 Jahre alten. Am 21. Februar erhielt der Gesellenausschuß den Bescheid, daß die Meister in kurzer Zeit in die Beratung des Tarifs eintreten und dem Gesellenausschuß ihre Beschlüsse mitteilen würden. Sie wollten wohl auch mit dem Gesellenausschuß verhandeln, aber nicht mit dem Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes. Am 8. Mai, nachdem der Gesellenausschuß den Innungsvorstand nochmals erinnert hatte, kam dann der Bescheid, daß die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden solle, aber als Minimallohn wollten die Meister an Ausgelernete nur 30 Pf. zahlen und an andere nach Leistung. Das Angebot war eine Verhöhnung der Gesellen. Trotzdem versuchte der Gesellenausschuß mit dem Innungsvorstand weiter zu verhandeln und setzte den Minimallohn von 35 auf 38 Pf. für die Gesellen im Alter bis 20 Jahren herab. Am 19. Juni ging dann ein Schreiben ein, das die Beschlüsse einer außerordentlichen Innungsversammlung enthielt, die sich mit denen des Innungsvorstandes deckten. Durch diese Manipulation zogen die Innungsmeister die Verhandlungen bis über den 1. Juli, wo der Tarif in Kraft treten sollte, hinaus. Es fand dann eine Klempnerversammlung statt, die den Gesellenausschuß beauftragte, noch ein Schreiben an den Innungsvorstand zu richten und innerhalb drei Tagen Antwort zu fordern. Eine Antwort erhielt der Gesellenausschuß darauf nicht, es beschloß dem

eine weitere Versammlung, mit jedem Meister einzeln zu verhandeln. Der Tarifvertragsentwurf wurde in Druck gegeben und mit einem Begleitschreiben an sämtliche Gesellen und Meister gesandt. Der Wesselausschuss und die Agitationskommission wurden bei jedem Meister vorstellig. Der Innungsvorstand, der nun wohl befürchtete, eine Anzahl Meister würden die sehr niedrige Forderung bewilligen, kam nun sofort ein Zirkular an die Meister und forderte sie auf, im Interesse der Klempnerzunft die Forderung der Gesellen abzulehnen. Dieses hatte zur Folge, daß nur 10 Meister den Tarif unterzeichneten, die anderen erklärten, daß sie nur bewilligten, wenn es in der Innungsversammlung beschlossen werde. Obwohl beschlossen worden war, daß die Gesellen ihren Meistern den Tarif vorlegen sollten, ist dies nicht überall geschehen. Gerade die älteren Gesellen waren es, die nicht den Mut hatten, den Beschluß auszuführen. In zwei Werkstätten traten die Gesellen in den Streik. Ein Meister unterzeichnete den Tarif sofort, konnte aber nur noch einen Gesellen beschäftigen; der zweite ging nach einwöchentlicher Pause in einer anderen Werkstätte zu den neuen Bedingungen zu arbeiten an. In der zweiten Werkstätte, wo drei Kollegen in den Streik traten, blieb nur des Meisters Sohn sitzen. Als der Meister Arbeitswillige nicht erhielt, bewilligte er die Forderung. Zwei Gesellen nahmen nach dreiwöchentlichem Streik ihre Plätze wieder ein, der dritte hatte in einem anderen Betrieb Arbeit erhalten. In Streikunterstützung sind bezahlt worden an drei bezugsberechtigten Mitglieder für sieben Wochen und einen Tag 107,50 Mk., ein Mitglied erhielt für zwei Wochen aus Lokalmitteln 26 Mk., insgesamt also 133,50 Mk. In einer Werkstätte mit 10 Gesellen wurde beschlossen, der Forderung durch einen Streik Geltung zu verschaffen. Innerhalb der Zeit, wo die Genehmigung erfolgen sollte, hatte einer der Beteiligten dem Meister den Sachverhalt verraten, worauf die Arbeiter dann sämtlich gegen den Streik stimmten. Einer der Kollegen wurde gemahregelt. Im ganzen sind acht Kollegen wegen der Lohnbewegung gemahregelt worden, von denen drei sofort wieder andere Arbeit erhielten. Die anderen fünf waren sechs Wochen und vier Tage arbeitslos, sie wurden mit 76 Mk. aus Verbandsmitteln und mit 16,35 Mk. aus der Lokalkasse, insgesamt mit 92,35 Mk. unterstützt. In zwei Werkstätten hat je ein Geselle aufgehört, ohne daß dem Bevollmächtigten Mitteilung gemacht worden war; der Forderung konnte keine Geltung verschafft werden, weil die anderen Gesellen in diesen Werkstätten nicht mitmachen wollten. Diese zwei Leute erhielten für drei Wochen und fünf Tage 38,40 Mk. Arbeitslosenunterstützung und einen Zuschuß von 24,35 Mk. aus Lokalmitteln. Für Drucksachen und Inserate wurden ausgegeben 55,50 Mk., für Versammlungen, Sitzungen und Versäumnisse 103,95 Mk., für Porto 24,60 Mk., Abschubgeld 25 Mk. Im ganzen kostete diese Lohnbewegung 497,55 Mk. — Um das Ergebnis der Lohnbewegung festzustellen, wurden an die Gesellen Fragebogen ausgegeben. Jeder beteiligte sich nur die Gesellen aus 64 Werkstätten an der Ausfüllung. In vier dieser 64 Werkstätten werden in der Regel Gesellen nicht beschäftigt, so daß nur 60 Meister in Frage kommen. Auch aus zwei Werkstätten mit Gesellen, wo die Meister den Tarif unterzeichnet haben, ging kein Fragebogen ein. So weit sich aus den Fragebogen feststellen läßt, ist die wöchentliche Arbeitszeit in 23 Werkstätten, in denen 80 Gesellen tätig sind, wie folgt verteilt worden:

in 1 Werkstätte mit einem Gesellen von 60 auf 57 Stunden	
1	2
2	2
3	2
4	2
5	2
6	2
7	2
8	2
9	2
10	2
11	2
12	2
13	2
14	2
15	2
16	2
17	2
18	2
19	2
20	2
21	2
22	2
23	2
24	2
25	2
26	2
27	2
28	2
29	2
30	2
31	2
32	2
33	2
34	2
35	2
36	2
37	2
38	2
39	2
40	2
41	2
42	2
43	2
44	2
45	2
46	2
47	2
48	2
49	2
50	2
51	2
52	2
53	2
54	2
55	2
56	2
57	2
58	2
59	2
60	2
61	2
62	2
63	2
64	2

In vier Werkstätten mit acht Gesellen bestand die 59stündige Arbeitszeit schon vor der Lohnbewegung, und in einer Werkstätte mit zwei Gesellen wurde 55 Stunden in der Woche gearbeitet. Die Arbeitszeit konnte nur in 56 Betrieben, in denen 181 Gesellen beschäftigt sind, festgesetzt werden. Darin ist die wöchentliche Arbeitszeit:

in 1 Werkstätte mit 2 Gesellen 55 Stunden	
1	1
2	1
3	1
4	1
5	1
6	1
7	1
8	1
9	1
10	1
11	1
12	1
13	1
14	1
15	1
16	1
17	1
18	1
19	1
20	1
21	1
22	1
23	1
24	1
25	1
26	1
27	1
28	1
29	1
30	1
31	1
32	1
33	1
34	1
35	1
36	1
37	1
38	1
39	1
40	1
41	1
42	1
43	1
44	1
45	1
46	1
47	1
48	1
49	1
50	1
51	1
52	1
53	1
54	1
55	1
56	1
57	1
58	1
59	1
60	1
61	1
62	1
63	1
64	1

Über vier Werkstätten, in denen vier bis fünf Gesellen tätig sind, war es nicht möglich, etwas zu erfahren, da von den Gesellen jede Auskunft verweigert wurde. Die Verschiedenheit der Dauer der Arbeitszeit ist so groß, daß die hiesigen Klempnermeister selber den Bedarf auf diesem Gebiet geschlagen haben. Es wird daher Aufgabe der Gesellen sein, Ordnung zu schaffen. Bis jetzt sind es erst 41 Gesellen in 15 Betrieben, die nur 58 Stunden wöchentlich arbeiten. Eine Lohnherabsetzung erzielte durch diese Bewegung 144 Gesellen in Höhe von 1 bis 10 Pf., die Stunde oder 2,5 bis 28 Prozent. 17 Gesellen haben ihren Lohn, den sie vor der Bewegung hatten, nicht angegeben, 19 erhielten eine Lohnzulage nicht. Vor der Lohnbewegung arbeiteten von 28 Gesellen im Alter bis 20 Jahren die Hälfte unter 35 Pf., während nach der Bewegung nur noch acht von 31 Gesellen weniger als 35 Pf. verdienen. Von den Gesellen im Alter von 20 bis 25 Jahren verdienen 31 Gesellen weniger als 40 Pf. und 13 bis 42 Pf. pro Stunde. Nach der Lohnbewegung arbeiteten 14 Gesellen unter 40 Pf., 35 erhielten 40 bis 45 Pf. Die Stundenlöhne der 74 Gesellen im Alter von über 25 Jahren betragen für 66 weniger als 45 Pf. und nur einer verdienen 45 Pf. Nach der Lohnbewegung arbeiteten noch 51 Gesellen für weniger als 45 Pf. und 23 verdienen 45 bis 50 Pf. Das Gros der älteren Gesellen arbeitet immer noch unter dem im Tarif vorgeschriebenen Lohne von 45 Pf. Da nun die Meister den Gesellen nicht vorrechneten, daß wenn in der Woche weniger Stunden gearbeitet würden, der wöchentliche Verdienst zurückgehe, so sei hier auch angeführt, wie weit diese Behauptung zutrifft. Der Wochenverdienst verminderte sich bei 17 Gesellen um 1 bis 5 Prozent, bei 7 Gesellen um 5 bis 10 Prozent, bei einem 11,9 Prozent und ein Geselle hatte 9,02 Prozent weniger. Es waren also 26 Gesellen, deren Wochenverdienst um etwas zurückging, dafür arbeiteten sie aber auch 4 bis 12 Stunden die Woche weniger. Die Zahl der Gesellen, deren Wochenverdienst neben der längeren Arbeitszeit stieg, betrug 37. Bei 21 Gesellen stieg er von 1 bis 5 Prozent, bei 9 von 6 bis 10 Prozent und je einmal um 14,7 und 14,8 Prozent. Bei fünf Gesellen betrug der höhere Lohn die Woche nur 1 Prozent. Verschiedentlich sind auch die Löhne erhöht worden, so die Arbeitszeit die gleiche wie früher geblieben ist, bei 19 Gesellen um 2 bis 5 Prozent, bei 11 Gesellen von 6 bis 10 Prozent, bei 4 Gesellen von 11 bis 15 Prozent, und je einmal um 20 und 22,5 Prozent. Seinen Erfolg hatte die Bewegung in 11 Werkstätten mit 21 Gesellen; die Kollegen einer größeren Werkstätte, wo 15 Mann tätig sind, machten keine Angaben. Die Lohnzulage geschied in 22 Betrieben am Freitag, in den anderen am Samstag. Aufschlag für Überstunden gewöhren vier Meister 25 Prozent, einer 22, 10 Prozent. Von anderen Werkstätten heißt es, das Überstunden-

nicht gemacht werden oder eine Zulage nicht gewährt wird. — Man sieht also, daß, trotzdem gerade die älteren Gesellen sich der Bewegung nicht in dem Maße angeschlossen haben, wie es wünschenswert gewesen wäre, doch nicht zu unterschätzende Vorteile errungen worden sind. Die 70stündige Arbeitszeit ist durchbrochen, einzelne Meister waren gezwungen, dem Druck der Gesellen nachzugeben. Diese Meister werden in den Innungsversammlungen dahin wirken müssen, daß die Arbeitszeit eine geregelte wird, wenn sie nicht jeden Sommer der Gefahr ausgesetzt sein wollen, daß die Gesellen die Arbeit niederlegen. Die Gesellen müssen notwendigerweise zum nächsten Frühjahr wieder mit der Forderung auf Abschluß des Tarifvertrags kommen. Freilich wird der Kampf nicht leicht sein, denn die alten Gesellen, wie bei Wolf, wollen sich der Bewegung nicht anschließen, weil sie lieber längere als kürzere Zeit arbeiten. Auch Leute, wie ein Kollege bei Hierold, dessen Lohn sich alljährlich um 1 Pf. pro Stunde erhöht und dem zu Weihnachten ein Geschenk von 50 Mk. winkt, werden den vorwärts strebenden Kollegen entgegenarbeiten. Trotzdem aber ist es möglich, zu sagen, wenn jeder Verbandskollege die dem Verband noch Fernstehenden und zuzuführen strebt. — Die Versammlung wählte in das Agitationskomitee die Kollegen Schmidt, Eckardt, Meinel, Schwarz und Müller.

**Pforzheim.** In den letzten Wochen fanden hier zwei Klempnerversammlungen statt, die sich mit der Lage der hiesigen Klempnergesellen beschäftigten. In den Versammlungen wurde hervorgehoben, daß die Ertragsverluste der Bewegung des Jahres 1897 schon längst verloren gegangen seien. Deshalb sei es die höchste Zeit, sich zusammenzuschließen und auf Abschluß tariflicher Vereinbarungen hinzuwirken. Kollege Weiß referierte in beiden Versammlungen und zeigte den Weg, auf dem derartige Vereinbarungen zu erringen seien. Die Kollegen haben sich auch der Organisation angeschlossen, und so ist zu hoffen, daß recht bald eine Besserung in den Arbeitsverhältnissen herbeigeführt wird. Beschlissen wurde, jeden ersten Mittwoch im Monat eine Branchenversammlung abzuhalten.

**Mechaniker.**

**Stuttgart.** Die Differenzen in der Barometerfabrik von G. Ruff sind beigelegt. Die Kollegen und Kolleginnen hatten folgende Forderungen gestellt: Einführung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit, 5 Prozent Zuschlag für Akkordarbeiten, für Tagelohnarbeiter Fortbezahlung des bisherigen Lohnes. Da wiederholte Verhandlungen resultatlos blieben, reichten von 91 Beschäftigten 75 ihre Kündigung ein. 16, die nicht kündigten, waren jugendliche Arbeiter. Nachdem die Firma gesehen, daß die Arbeiter gewillt waren, energisch für die Forderungen einzutreten, wurde in einer Verhandlung folgendes bewilligt: Einführung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit und zwar von 7 bis 9/9, von 9 bis 12 und von 1 1/2 bis 6 Uhr; für Lohnarbeiter Fortbezahlung des bisherigen Lohnes; die Kündigung wird als nicht geschehen betrachtet, Maßregelungen dürfen nicht vorkommen.

**Metallarbeiter.**

**Dessau.** Die Aussperrung in der Dessauer Waggonfabrik dauert unverändert fort. Die Fabrikleitung gibt sich alle erdenkliche Mühe, Arbeitswillige zu bekommen. Sie beauftragte Agenten und die Meister, Streikbrecher zu suchen. Trotz heißen Bemühens haben sie bis bisher wenig Glück gehabt. Außer den schon in Nr. 45 der Metallarbeiter-Zeitung erwähnten fünf Mann haben sich bis jetzt nur drei Tischler und ein Schmied gefunden, um den Streikenden in den Räumen zu fallen. Von der Fabrikleitung verdient in-besondere der Herr Lindthaler eine nähere Beschreibung. Dieser Herr, der auch bei den Einigungsverhandlungen die Direktion vertrat und dabei durch rücksichtslose Ablehnung sämtlicher Forderungen die Arbeiter brüskierte, besichtigte sich auch in der Fabrik gegen die ihm unterstellten Arbeiter eines eigenartigen Betragens. Die Anrede „Schr“ und „Guch“ sind bei dem Herrn gang und gäbe, auch ist es schon vorgekommen, daß er Arbeiter mit „ihr Stroner“ anredet hat. Als ihm dieses bei den Einigungsverhandlungen vorgehalten wurde, entschuldigte er sich damit, das sei „nur im Scherz“ gemeint. Die Stimmung unter den Streikenden und Ausgesperrten ist vorzüglich, und es ist aller Grund vorhanden, zu hoffen, daß wenn der Zugang ferngehalten wird wie bisher, der Kampf mit dem Siege der Arbeiter enden wird. Also Zugang streng fernhalten!

**Gelsenkirchen. (Christliches.)** Im Frühjahr 1904 wurde in der Metallgießerei von Beckmann in Schalke die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, vorher war noch 11 1/2 Stunden gearbeitet worden. Es waren damals mit Ausnahme eines Mitglieds von uns nur Mitglieder des christlichen Verbandes an der Sache beteiligt. Später traten noch einige Mitglieder von uns bei Beckmann an, so daß wir in letzter Zeit drei bis vier Mitglieder dort hatten. Zwischen den christlichen und unseren Kollegen entwickelte sich nun ein gespanntes Verhältnis. Unsere Mitglieder hielten die zehnstündige Arbeitszeit für ein, nur in einigen Ausnahmefällen arbeiteten sie etwas länger. Die Christlichen dagegen arbeiteten 15 bis 16 Stunden pro Tag, manchmal noch länger, auch Sonntags wurde gearbeitet. Als ihnen von unseren Kollegen das Unsozialistische und Schädliche ihres Verhaltens vorgehalten wurde, meinten sie, daß ihr christlicher Verband nichts gegen Überstunden einzuwenden habe. Daß die Arbeit eines Selbstgehebers eine besonders gesunde ist, namentlich im Betrieb des Herrn Beckmann, wird niemand behaupten wollen. Einen von unseren Kollegen witterte das Treiben schließlich derartig an, daß er seine Kündigung einreichte. Immerhin kündigte Herr Beckmann dazu auch dem Kollegen Lammich, dem Bevollmächtigten unserer Verwaltungsstelle. Auf seine Frage nach dem Grunde der Kündigung, gab Herr Beckmann an, daß die Kündigung erfolgt sei, weil Lammich Bevollmächtigter des Metallarbeiter-Verbandes sei. Kollege Lammich versuchte nun, eine Tarifabrede zu eingearbeiten. Er begab sich zu diesem Zwecke in die christliche Versammlung und lud den Vorstand persönlich ein. Der Vorsitzende verzichtete auch bestimmt, hinzukommen. Der aber sein gegebenes Wort nicht hielt, war der christliche Vorstand. Aber auch die Mitglieder des christlichen Verbandes kamen nicht in die Tarifabrede, sie erklärten, ihr Vorstand habe es ihnen verboten. Im Auftrag unserer Verwaltung wurde nunmehr Kollege Jäger aus Düsseldorf bei Herrn Beckmann vorstellig. Dieser erklärte sich nach längeren Verhandlungen bereit, den Kollegen, der selbst gekündigt hatte, weiter zu beschäftigen. Die Weiterbeschäftigung des Kollegen Lammich machte Herr Beckmann davon abhängig, daß die Mitglieder des christlichen Verbandes nicht dagegen einzuwenden hätten. Die Christlichen waren ihm lieber, erklärte Herr Beckmann, denn sie machen Überstunden. Lammich dagegen habe gegen die Überstunden agitiert und den Christlichen Vorwürfe machen wollen. Vor Arbeitern, die viel und lange arbeiten, habe er Respekt. Er glaube nicht, daß ein geübliches Verhältnis zwischen den Arbeitern seines Betriebes herrschen würde, wenn er Lammich weiter beschäftigen würde, denn dieser würde wohl auch in Zukunft gegen die Überstunden agitieren. Er wolle aber mit den Christlichen Rücksprache nehmen, und wenn diese nichts dagegen einzuwenden hätten, würde er Lammich weiter beschäftigen. Das Resultat der Konferenz des Herrn Beckmann mit seinen christlichen Überstundenmachern war, daß Lammich aufhören mußte! Nun ist die Bahn frei. Die Herren Christlichen Angehörigen können jetzt nach Herzenslust arbeiten. Wenn sie noch drei bis vier Jahre hielten wie in der letzten Zeit, dann werden sie so viel erparat haben, um ihre Begrüßungsstellen damit besetzen zu können. Herr Beckmann wird ein übriges tun und mit zum Kirchhof gehen, denn die Arbeiter, die viele Überstunden machen, sind ihm ja die liebsten. „Gott segne die christliche Überzeitarbeit!“

**Gelsenkirchen.** Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung wurde hier am 28. Oktober abgehalten, zu der speziell die Arbeiter des Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerkes, vormals Henschel & Co., eingeladen waren. Die Tagesordnung lautete: 1. Beschden Schaden haben die Arbeiter von der im Betrieb herrschenden langen Arbeitszeit? 2. Mißstände in den einzelnen Werkstätten und die bevorstehenden Lohnreduktionen. Kollege Spiegel aus Düsseldorf hatte das Referat übernommen. Der Referent führte die schäd-

lichen Folgen der langen Arbeitszeit vor Augen. Der reiche Beifall, der dem Referenten gesollt wurde, zeigte, daß der Redner 260 (gleich 88 Prozent) anwesenden Arbeitern der Tagesgeschichte aus dem Herzen gesprochen hatte. In bezug auf die Mißstände ist zunächst der Speisesaal zu erwähnen, der auch als Operationszimmer für Verunglückte benützt wird. Die Reinlichkeit in den Wäden und Abtritten läßt viel zu wünschen übrig. Die Firma hat das selbst anerkannt, indem sie am Tage nach der Versammlung den größten Drechsaufen wegschaffen ließ. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden, von März bis September durchschnittlich 13 Stunden. Es gibt sogar Arbeiter, die in der Hude bleiben, auch wenn sie nicht zu Überzeitarbeit befreit sind. Diese sollten sich an den Wibelpruch erinnern: „Sechs Tage sollst du arbeiten.“ Auch die frommen Unternehmer sollten sich das besonders ins Buch schreiben. Wie ungesund hier die festen „Stühlen von Thron und Altar“ vorgehen, ist daraus zu sehen, daß die Arbeitsordnung nicht behördlich genehmigt ist und das Strafsystem auch nicht mit der Gewerbeordnung in Einklang steht. Bei Abzügen vom Lohn wird den Leuten am Sonntag einfach gesagt, die Firma hätte mit Verlust gearbeitet. Derartige Überstände zu beseitigen, liegt in den Händen der Arbeiter selbst, indem sie sich einer starken und zielbewußten Organisation anschließen. Das Traurigste ist im Kohlenrevier, daß es so viele Augendiener und Spigel gibt. Diese Subjekte rechnen es sich zur Ehre an, ihre Arbeitskollegen zu denunzieren. Judas hat noch 30 Silberlinge für den Verrat bekommen, aber diese Sorte macht es umsonst, nur um Liebkind zu sein. Diese Subjekte sollten es sich einmal überlegen, ob sie nicht auch noch das Schicksal ihres biblischen Vorbildes ereilt. Sodann sei der Vorarbeiter Gorsk erwähnt, der seine Kolonne mit den Kefenamen: Gsel, Schafskopf, Och u. s. w. tituliert. Danach würde er sich besser zum Aufseher eines Tiergartens eignen. Er hatte auch nicht den Mut, die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen widerlegen zu wollen. Auch die übrigen kommandierten Exemplare der Firma verhielten sich trotz dreimaliger Aufforderung des Vorsitzenden still. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht durch Beitritt zur Organisation mitzuhelfen, die traurigen Zustände im Betrieb zu menschenwürdigen zu gestalten.“ Nach einem kurzgehaltenen, kräftigen Schlußwort des Kollegen Spiegel, schloß der Vorsitzende mit einem dreimaligen begeisterten Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die Versammlung. Nun noch einiges an die Metallarbeiter Gelsenkirchens. An euch, Kollegen, liegt es, mitzuhelfen hier Remedur zu schaffen. Denn, wie die Verhältnisse dieses einen Werkes geschildert sind, so liegen sie auch auf jedem hiesigen Werke. Man hört überall räkonnieren, die Fäuste ballen sich in der Tasche, aber zur Mitarbeit sind wenige bereit. Das muß in Zukunft anders werden, ein jeder muß Agitator werden und bereit sein, der Ortsverwaltung seine volle Kraft zur Verfügung zu stellen. Die Mitgliederversammlungen müssen besser besucht werden, von 200 Mitgliedern sind immer nur 50 bis 60 anwesend. Der hauptsächlichste Grund aber, warum die Arbeiter Gelsenkirchens eine so große Gleichgültigkeit für die Organisation an den Tag legen, liegt in der Unwissenheit über den Wert des Verbandes. Für Vergünstigungen wird das saure verdiente Geld hinausgeworfen, aber 40 Pf. für den Verband, der doch die Interessen der Metallarbeiter festhält und den Arbeitern eine Zukunft schafft, zu opfern, das ist ihnen zu viel. Niemand kann sagen, hier sei der Verband überflüssig, denn die hiesigen Verhältnisse heischen dringend eine Verbesserung. Das Interesse der Metallarbeiter wird nur durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband vertreten, das haben die letzten wirtschaftlichen Kämpfe deutlich gezeigt. Deshalb, Kollegen, tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband; arbeitet und haltet fest und treu zusammen, hört nicht auf zu agitieren, bis der letzte Kollege Gelsenkirchens dem Verband angeschlossen ist und ein jeder sagen kann und wird: „Ich habe meine Schuldigkeit getan und ich tue sie weiter.“

**Svevelsberg.** „In meinem Betrieb sind keine Mißstände“, sagte der Inhaber der Gevelsberger Herd- und Ofenfabrik vor kurzer Zeit noch. Und als der Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes den Mut hatte, von Mißständen in der Fabrik zu sprechen, hatte Herr Krefft nichts eiligeres zu tun als nach dem Stubi zu laufen und den unverschämten Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes wegen Beleidigung zu verklagen. Aber in der Zwischenzeit haben sich in der „berühmten“ Herdfabrik Dinge angepiegelt, die auch dem zurückgebliebensten Arbeiter gezeigt haben, daß Mißstände vorhanden sind. In keinem Betrieb sind elektrische Schellen angebracht, um im Falle eines Unglücks oder wenn ein Dreibriemen abfällt oder aufgeworfen werden muß, dem Maschinisten ein Zeichen zu geben, daß er die Betriebsmaschine still setzen muß. Die Arbeiter müssen dann aus den entferntesten Betrieben ins Maschinenhaus laufen und das Personal dort benachrichtigen. Welche schweren Unglücksfälle dadurch entstehen können, ist leicht begreiflich. Um den Arbeitern aber zu zeigen, daß die Firma das Hüngen von Mißständen nicht gerne sieht, wollte man ein Exemplar statuieren. Man suchte sich in der Herdfabrikerei sechs Mann aus, die nach der Meinung der Firma die Hauptfehler sein sollten und gab den Meistern den Befehl, sie sollten sorgen, daß bis Ende November diese Leute „raus“ wären, denn die Hude müßte gefäubert werden. Bei der neuen Sorte Herde, die man einführen wollte, konnte man diese „Schweinehunde“ nicht gebrauchen. Diesen strengen Befehl wurden die Arbeiter nun frühzeitig durch den Mund eines „Meisters“ gewahrt, und sie konnten so den Dingen, die da kommen sollten, vorbeugen. Der Meister wurde natürlich wegen schweren „Vertrauensbruchs“ entlassen. Die Arbeiter hielten Rubensprechungen ab und wählten eine Kommission, die vorstellig werden sollte. Der alte Herr Krefft erklärte aber kurzweg, er ließe sich auf nichts ein. Daraus wurde die Kommission gezwungen, mit Herrn Krefft junior und Herrn Eicken, dem Schmiegeher Sohn des Krefft, zu verhandeln. Bei der ersten Verhandlung drehte man den Spieß um und sagte, der betreffende Meister hätte das gesagt und nicht die Firma, wegen der neuen Herde erklärte man, die könnten die alten Schloffer nicht machen, denn dann würden sie zu teuer, es müßten junge und billige Arbeiter eingestellt werden. Bei der zweiten Verhandlung gab man schon halb und halb zu, gesagt zu haben, die Hude müßte von den „Dehern“ und „Schweinehunden“ gefäubert werden. Aber als die Kommission verlangte, daß keine neuen Kräfte eingestellt würden, da jetzt doch schon ein Teil der Alten keine genügende Beschäftigung hatten, erklärte die Firma, die Alten wären zu teuer, sie müßten unbedingt billige Arbeiter haben. Man rief den bestehenden Arbeiterauschuss nach dem Kontor und verlangte von ihm, er sollte ein Schriftstück unterzeichnen, worin er das Vorgehen der Firma für richtig erklärt. Hierauf fand nun am Dienstag den 8. November abends eine Rubensversammlung vom ganzen Betrieb statt, in der gegen 200 Arbeiter erschienen waren. Diese hießen einstimmig das Vorgehen der Herdfabrik gut und hielten ihre Forderung vollständig für gerecht. Daraus beschlossen die Herdfabrikarbeiter in gemeinsamer Abstimmung einstimmig, daß die Organisationsleitungen der Christl.-Duisburger Gewervereine und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes noch vorstellig werden sollten, sollte auch dieses nichts nützen, wollte man die Kündigung einreichen. Als nun die Leitungen der Organisationen vorstellig wurden, erklärte Herr Eicken prozesshaft, ein Unterhandeln gibt es überhaupt nicht. Als darauf die Leiter der Organisationen noch etwas erwidern wollten, wurde ihnen von dem Krefft jun. die Türe gewiesen. Dieser „Herr Sohn“ war demnach in Aufregung geraten, daß er am ganzen Leibe zitterte, fast nicht mehr sprechen konnte und nur noch stotterte. Hierauf haben nun die Herdfabrikarbeiter die Antwort gegeben, indem sie alle, Mann für Mann, die Kündigung einreichten. Es sind heute darunter, die schon 8, 10, 12, ja, sogar schon 18 Jahre bei der Firma gearbeitet haben. Hieraus werden die übrigen Arbeiter die Lehre ziehen, daß die Herren Unternehmer den Teufel danach fragen, wie lange ein Arbeiter bei ihnen geschuftet hat: wenn er sich nicht alles bieten lassen will, wird er an die Luft gesetzt. Deshalb, ihr Arbeiter, hinein in die Organisation! — Dann müßten wir die Arbeiter bitten, wenn sie über den Stand der ganzen Arbeiterbewegung unterrichtet sein wollen, unverzüglich die Freie Presse zu abonnieren, denn diese ist die einzige Zeitung, die uns hier in Kämpfen zur Verfügung steht. — Zugang von Metallarbeitern aller Branchen ist strengstens fernzuhalten.

**Hannover.** In der Nr. 46 des Regulator wird in zwei Artikeln über den Streit der Metallarbeiter-Zeitung enthaltenen Bericht über den Streit der Elektromonteur herangezogen. Das den Herren vom Gewerksverein der Inhabt unseres Berichtes nicht gut bekommen ist, können wir verstehen, ändert aber an den Tatsachen nichts. Selbst der Umfang, daß in zwei „Artikeln“ des Regulators (einer aus Hannover, der andere aus Linden eingeleitet) versucht wird, unsere Behauptungen zu entkräften, läßt uns vollständig kalt. Es wird in den Zuschriften erklärt, daß bei der Firma Siemens-Schuckert nicht 28, sondern 42 Monteur beschäftigt gewesen seien. Hierzu haben wir zu bemerken, daß nach den eigenen Angaben der Gewerksvereiner die Werkstatthalter nicht in Betracht kommen sollten, ein direkter Beschluß einer Versammlung, wie es in dem einen Bericht heißt, lag aber nicht vor. Es wird nun weiter behauptet, nicht 14, sondern nur 8 Monteur seien Mitglieder des Gewerksvereins gewesen. Wenn das wahr sein sollte, dann erklären wir hierdurch öffentlich, daß wir schon beim Beginn der Bewegung von den Vertretern des Gewerksvereins auf die größte getäuscht worden sind! Denn in der öffentlichen Versammlung am 28. August erklärte das Generalräumliche Hartmann aus Berlin, die Mitglieder des Gewerksvereins hätten beschlossen, die Bewegung mitzumachen. Vor dem und auch am Tage nach der Versammlung ist uns versichert worden, daß 16 Elektromonteur Mitglieder des Gewerksvereins seien. Davon hat einer mitgeteilt, ein Mitglied arbeite in einem Betrieb, in dem vor Ausbruch des Streiks die Forderungen bewilligt wurden. Bleiben noch 14, und diese waren nach Angabe der Gewerksvereiner bei Siemens-Schuckert. Nachher, als die Herren bei Siemens-Schuckert sich auf so feige Art drückten, da hieß es allerdings: „Das sind nicht unsere Mitglieder, die haben schon lange keine Beiträge mehr bezahlt.“ Und nun erwidern sich die Leute noch, im Regulator von unsern Mitgliedern als „Papiersoldaten“ zu reden. Oben weil wir nicht mit Papiersoldaten rechnen, haben wir bloß 8 und nicht 10 Mitglieder angegeben. Von den 8 haben 5 mitgeteilt und nicht 4, wie es im Regulator heißt. Das dürfte übrigens auch den Gewerksvereiner bekannt sein, war doch der einzige von ihnen, der mitwirkte, Mitglied im Streikkomitee. Die übrigen drei unserer Mitglieder sind wegen Streibuch ausgeschlossen worden. Weiter regen sich die Verfasser der „Artikel“ darüber auf, daß unsere Mitglieder erst 14 Tage nach Beendigung des Streiks ausgeschlossen wurden. Die Herren mögen doch vor ihrer eigenen Türe stehen, haben sie doch ihre Streifächer bei Obr. Kürting erst in der Nr. 40 vom 30. September ausgeschlossen, trotzdem der Streik schon am 20. August zu Ende war! Daß der Ausschluß dieser Streibücher den Gewerksvereiner schwer geworden ist, finden wir verständlich, handelte es sich doch sowohl bei den Gussputzern bei Köttling, als auch bei den Elektromonteur um alte, langjährige Mitglieder, die teilweise am Orte als „Größen“ der Kirche geliebt wurden. Wie naiv die Leute mitunter denken, davon ein Beispiel: Das Gewerksvereinsmitglied Pinkel, das nun endlich ausgeschlossen ist, wird in einer Versammlung der streikenden Räder über seinen Streibuch zur Rede gestellt und erklärt nun dreist: „Ich bin gar kein Streibücher, denn ich habe keine Räderarbeiten verrichtet, ich habe den Arbeitswilligen bloß gesagt, wie sie ihre Arbeit machen sollen.“ Also erst lernt der Beleidigte die Arbeitswilligen an und unterstützt sie in jeder Beziehung, und nachher wundert er sich, daß seine Kollegen ihn als Arbeitswilligen behandeln. Außerdem noch eins: in der Nr. 44 des Regulator wird in einer Notiz aus Hannover höhnisch gefragt, ob der Metallarbeiter-Verband seine Streibücher wohl ausschließen wird, trotzdem der Streiber der Zeit ganz genau mußte, daß wir unsere Liste schon an den Hauptvorstand geschickt hatten. Dabei erwiderten die Herren sich noch, als Wahrheitsapostel aufzutreten. Auf das übrige Geschreibsel in den beiden „Artikeln“ näher eingehen, erübrigt sich für heute, vielleicht werden wir bei anderer Gelegenheit noch darauf eingehen.

**Jena.** Von Herrn Hahn erhalten wir zu dem Besicht in Nr. 46 ein Schreiben, in dem es heißt: „Ihr Referat über die diesige Versammlung am 21. Oktober enthält eine mißverständliche Wiedergabe meiner Rede. Ich sagte: Wenn es sich um gut und sicher abzuschätzende Arbeiten handelt, dann ist das Akkordsystem die ideale Entlohnungsform, nun sind aber viele Arbeiten, besonders Reparaturen, leider nicht gut abschätzbar, und da hilft ein gutes Prämienystem aus.“

**Zschoe.** Schon lange wurde es als ein Bedürfnis empfunden eine Statistik über die hiesigen Betriebe aufzunehmen. Dies ist nun dadurch geschehen, daß an die Vertrauensmänner Fragebogen ausgegeben wurden. Zwar ist die so aufgenommene Statistik nicht vollständig, weil einzelne Fragebogen nicht zurückgeliefert worden sind. Die Statistik erstreckt sich auf 14 Kleinmeister verschiedener Branchen, 5 Klempnermeister und 10 größere Betriebe. In diesen sind zusammen 247 Personen beschäftigt. Bei den „Kleinmeistern“ sind 10 Gesellen und 24 Lehrlinge, bei den Klempnermeistern 8 Gesellen und 7 Lehrlinge, in den größeren Betrieben 107 Gesellen, 11 Hilfsarbeiter und 55 Lehrlinge. Dann sind noch 25 Maschinenisten und Geizer hier beschäftigt. Organisiert sind 85 Mann. Die Arbeitszeit ist in 4 Betrieben 10 Stunden, in 6 Betrieben 10 1/2 Stunden, bei den Kleinmeistern 11 Stunden, bei den Klempnern 9 1/2 Stunden. Der Lohn ist bei den Schlossern und Schmieden 28 bis 37 Pf., bei zwei Schlossern 65 Pf. und 47 Pf., bei den Drehmern 35 bis 40 Pf., bei den Klempnern 33 bis 40 Pf., bei den Formern 35 bis 45 Pf., bei den Hilfsarbeitern 25 bis 30 Pf. Lehrlinge erhalten in 2 Betrieben eine Bezahlung von 3 bis 6 Mk. pro Woche. Die Lehrlinge haben 3 bis 4 Jahre zu lernen. Überstunden und Sonntagsarbeit sind selten. In einem Betrieb wird für Sonntagsarbeit 15 bis 35 Prozent Zuschlag bezahlt, in einem Betrieb wechselt Nacht- und Tagsschicht. Die Heizung ist in drei Betrieben genügend, in einem „leiblich“, in den andern ungenügend oder gar nicht vorhanden. Die Beleuchtung erfolgt in 4 Betrieben elektrisch, in den andern durch Gas- oder Petroleum. Besondere Maschinen sind nirgends vorhanden. Eine Badeeinrichtung ist in einem Betrieb und kann in der Arbeitszeit gebadet werden. Eine Garderobe ist nirgends vorhanden. Die Ventilation ist überall mangelhaft. In 5 Betrieben ist das Trinkwasser schlecht. Die Aborte werden in fast allen Betrieben nicht gereinigt. — So mangelhaft diese Erhebungen auch sind, so zeigen sie aber doch, daß die Lage der hiesigen Metallarbeiter eine sehr verbesserungsbedürftige ist. Nicht der organisierten Metallarbeiter ist es nun, die nach fernstehenden Kollegen aufzurütteln, sie zum Nachdenken anzuregen.

**München.** Der vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichtes abgeschlossene Lohnvertrag der Tender- und Rahmenbauer der Firma Maffei hätte beinahe wieder zur Arbeits-einstellung geführt. Bekanntlich forderten die Arbeiter bei der Lohnbewegung im Oktober die Einführung von Mindestlöhnen. Die Firma erklärte damals vor dem Gewerbegericht, daß sie zwar darauf nicht eingehen könne, jedoch bereit sei, den Arbeitern einen bestimmten „Verdienst“ zu garantieren. Die Arbeiter gingen hierauf ein, in der Meinung, daß sich das gleich bleibe und eben den Akkordarbeitern die wichtigsten Abschlagszahlungen in der Höhe der festgesetzten „Verdienste“ nach dem Wortlaut des Vertrags gewährt werden müssen. Der hier in Betracht kommende § 1 des Vertrags hat folgenden Wortlaut: „Der Verdienst beträgt nach einvierteljähriger Beschäftigung für Werkstatthalter 52 Pf. pro Stunde, für Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter der Tenderpartie 35 Pf. pro Stunde, für jugendliche Schlosser (18 bis 20 Jahre) 35 Pf. pro Stunde, für ältere Schlosser 40 Pf. pro Stunde, für selbständige Arbeiter nicht unter 45 Pf. pro Stunde, in der Winkelschmiede für Feuerstrome nicht unter 50 Pf. pro Stunde, für Schläger und Geizer nicht unter 40 Pf. pro Stunde, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Tagelöhner oder Akkordarbeiter handelt.“ Im § 2 war weiter bestimmt, daß die „Schlosser und Schmiede, einschließlich der Geizer und Schläger der Winkelschmiede, mit Ausnahme der Arbeitsbeschränkten eine Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde erhalten.“ Während nun einem Teile dieser Arbeiter der Zuschlag ohne weiteres gewährt wurde, erhielten selbst Schlosser und Schmiede ihn nicht, weil die Firma beispielsweise Jungstrome (Zuschläger) nicht als Schmiede betrachtete. Außerdem aber erhielt die große Anzahl Maschinenarbeiter,

wie Bohrer, Fräser, Hobler u. s. w. keine Lohnzulage, also auch keinen höheren wöchentlichen Abschlag. Das erzeugte naturgemäß große Erbitterung unter den Arbeitern. Allgemein war die Auffassung verbreitet, daß sich die Firma um den eben abgeschlossenen Vertrag herumdrücken wolle und deshalb wurde die sofortige Einstellung der Arbeit gefordert. Am Freitag den 4. November beschlossen die Arbeiter im Tender- und Rahmenbau (zirca 185 Mann), am Montag den 7. November die Arbeit einzustellen, wenn die Firma die vereinbarten Verdienste als Stundenlöhne bei den Abschlagszahlungen nicht zur Auszahlung bringe. Von der Organisation wurde selbstverständlich am Samstag versucht, die Angelegenheit auf gutlichem Wege zu regeln. Besondere Mühe gab sich hierbei auch der Vorsitzende des Gewerbegerichtes in München, Herr Dr. Prenner, trotzdem dieser schon am Samstag der Auffassung war, daß keine Mindestlöhne vereinbart und deshalb die Arbeiter im Unrecht wären, wenn sie den Vertrag durch die Arbeits-einstellung brechen würden. Indessen die Erregung unter den Arbeitern war so groß, daß auch in der starkbesetzten Versammlung der Arbeiter der Maffeis Fabrik am Samstag abend das Vorgehen der Tender- und Rahmenbauer gutgeheißen wurde. Nicht weniger als 20 Redner beteiligten sich an der Diskussion, die zeitweilig recht erregt war. Schließlich wurde aber doch gegen wenige Stimmen die nachstehende Resolution angenommen: „Die heute tagende Versammlung der Arbeiter der Firma Maffei nimmt Kenntnis von den neuerdings stattgehabten Verhandlungen über die Auslegung des vor dem hiesigen Gewerbegericht abgeschlossenen Lohnvertrags für die Arbeiter im Rahmen- und Tenderbau. Die Versammlung erklärt die von der Firma beabsichtigte Auslegung der vereinbarten Stundenlöhne als unzutreffend. Sie hält vielmehr an der Auffassung fest, daß die im Vertrag genannten Lohnsätze bei Abschlagszahlungen für Akkordarbeiten wöchentlich zur Auszahlung gelangen müssen. Da dies bisher nicht in vollem Umfang von der Firma erfolgt ist, beauftragt die Versammlung die Ortsverwaltung München des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, nochmals am Montag den Versuch zu machen, den abgeschlossenen Vertrag bei der Firma zur Anerkennung zu bringen. Sollten wider Erwarten alle friedlichen Mittel zur Einhaltung des zu Recht bestehenden Tarifs scheitern, so stimmt die Versammlung einer Arbeits-einstellung der im Rahmen- und Tenderbau beschäftigten Arbeiter am Dienstag zu.“ Nach wiederholten Verhandlungen am Montag durch Dr. Prenner und persönlicher Rücksprache der Verbandsvertreter mit der Direktion der Firma gelang es auch, für die Maschinenarbeiter eine Zulage herauszuschlagen. Es wurde vereinbart, daß „alle Maschinenarbeiter, die im provisorischen Akkord bisher mit mindestens 42 Pf. pro Stunde abgerechnet wurden, einen Stundenlohn von 35 Pf., die übrigen Maschinenarbeiter eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde“ erhalten und diese neue Abmachung mit in den Vertrag hineingenommen. Damit war einer der Hauptwünsche der Arbeiter erfüllt, wenngleich es nach Lage der Sache und nach dem Wortlaut des Vertrags nicht möglich war, dem Vertrag die Auslegung zu geben, wie die Arbeiter dies wünschten und gerne gesehen hätten. Die Versammlung der Tender- und Rahmenbauer stimmte in einer am Montag den 7. November abends abgehaltenen Versammlung der Abmachungen bei einigen Stimmzählungen zu.

**München.** Die jetzigen Verhältnisse in der optischen Industrie, die Maschinenbauern der Arbeitgeber, wurden von der Arbeiterschaft als unerträglich empfunden. Die häufig vorgekommenen Lohnabzüge und sonstige „Regulierungen“ reizten jeden zur Unzufriedenheit. Sollten die Löhne und Arbeitsverhältnisse nicht fortwährend unsicher bleiben, mußte der „Anmarsch zum schlechteren“ entgegengelassen werden. Als geeignetes Mittel konnte nur die Abschließung eines Tarifvertrags ins Auge gefaßt werden. Nach langer, mühsamer Arbeit konnte der Tarif am 25. Oktober den Arbeitgebern unterbreitet werden. Die bekannten Argumente der Arbeitgeber: „Wären die Arbeiter in Güte gekommen, hätten wir mit uns reden lassen“, nicht unbeachtet lassend, haben wir den Herren Gelegenheit zur Aussprache in dieser Angelegenheit geboten. Warum aber niemals der erwähnte Ausspruch eine leere Redensart gewesen ist, so jetzt bei den Maschinenbauern Weisheit der optischen Branche. Nicht nur, daß die Meister der angebotenen Verhandlung aus dem Wege gingen, haben sie auch unter sich beschlossen, auf die Forderung des Tarifs und das Niederschreiben überhaupt nicht zu antworten. Dieses Verhalten wurde in einer Versammlung von Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes und des Gewerksvereins „gewürdigt“ und folgende Resolution angenommen: „Die tagende Versammlung der in der optischen Industrie beschäftigten Kollegen erkennt die Notwendigkeit der tariflichen Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an. Die Versammelten verpflichten sich, durch Kommissionen morgen nochmals bei ihren Arbeitgebern vorfällig zu werden, um die Unterzeichnung des Tarifs zu erreichen. Die Arbeiter erwarten, daß die Herren Arbeitgeber noch in letzter Stunde sich der besseren Einsicht nicht verschließen werden, und so die optische Industrie vor einer Erschütterung bewahren.“ Am 3. November fand wieder eine Versammlung statt, um den Bericht der einzelnen Kommissionen entgegenzunehmen. Es konnte konstatiert werden, daß 7 Meister den Tarif unterschrieben hatten, der größere Teil der Meister war „im Prinzip“ wohl nicht gegen einen Tarif. In der Unterfertigung wurde gesagt: „Wenn der und der unterschreibt, dann will ich auch unterschreiben.“ Andere ließen sich in keine Verhandlungen ein und lehnten die Unterschrift kurzer Hand ab. Die Versammlung nahm Kenntnis von den einzelnen Antworten und drückte ihr Bedauern über das Verhalten der Arbeitgeber aus, da der Tarif doch nur unbedeutende Forderungen aufweise, in der Hauptsache aber die jetzt bezahlten Löhne auf zwei Jahre festlegen wolle. Es wurde konstatiert, daß die Arbeiter alles aufgeboten haben, um auf gutlichem Wege sich mit den Meistern zu verständigen. Es wurde ferner konstatiert, daß das Gebahren der Arbeitgeber ein derartiges sei, daß in Güte auch nicht ein Jota zu erreichen, so daß weiter nichts übrig bleibe als der Streik. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die am Donnerstag, den 3. November hier tagende Versammlung der optischen Arbeiter nimmt Kenntnis von den Antworten der Arbeitgeber. Die Versammelten betrachten nunmehr die Anerkennung des Tarifs auf dem Wege der Verhandlungen als gescheitert. Die Versammlung beschließt, in den von der Organisation noch näher zu bezeichnenden Verhältnissen zur Durchführung des Tarifs am Sonnabend, den 5. d. Mts. die Kündigung einzureichen eventuell die Arbeit sofort niederzulegen.“ Hierauf wurden die Arbeiter, die in den von vornherein nicht für streikfähig erachteten Werkstätten beschäftigt sind, aufgefordert, den Saal zu verlassen. Es fand dann eine geheime Abstimmung statt, durch die der Streik mit 108 gegen 38 Stimmen beschlossen wurde. Bei Einreichung der Kündigung haben weiter 7 Meister unterschrieben. Die Situation ist folgende: 15 Meister, die zusammen rund 140 Arbeiter beschäftigen, haben bis zum 9. November den Tarif anerkannt. In 17 Werkstätten mit 150 Arbeitern ist die Kündigung eingereicht. Es ist anzunehmen, daß der Streik in diesem Umfang wohl nicht entbrennen wird, sondern daß mehrere Meister vor Ablauf der Kündigung noch bewilligen werden.

**Suhl.** Mit den Verhältnissen in der Fabrik von Simon & Co. in Heinrichs haben wir uns schon des öfteren beschäftigt. Ein neuerdings vorgekommener Fall dürfte aber allem bisher dagewesenen die Krone aufsetzen. Ein kranker Arbeiter kam am Samstag in die Fabrik, um seinen rüchständigen Lohn abzuholen. Einen Teil davon bekam er auch sofort, wegen des anderen Teiles sollte er sich an Werkmeister Bedes wenden. Dieser bedeutete ihm kurz, daß er jetzt keine Zeit habe, er möge morgen wieder kommen. Des anderen Tages stellte er sich wieder ein, wurde aber wieder scharf abgewiesen und ihm gesagt, daß er nachmittags 4 Uhr wieder kommen sollte. Doch auch um 4 Uhr wurde er abgewiesen. Als der Arbeiter jedoch stehen blieb, schnauzte ihn Werkmeister Bedes im höchsten Distanz mit den Worten an, ob er denn bis 6 Uhr hier stehen bleiben wolle. Ruhigen Tones antwortete der Arbeiter, daß er jetzt sein Geld haben müsse, da seine Logisleute darauf warteten. Es entspann sich nun ein Wortwechsel, in dessen Verlauf Bedes den Arbeiter am Hals faßte und ihn zur Türe hinauszuwies. Als ihm das nicht gelang, warf er eine Säbelklinge und ging mit den Worten auf den Arbeiter zu: „Wenn Sie nicht sofort machen,

daß Sie hinauskommen, renne ich Ihnen die Klinge durch den Leib.“ Der Arbeiter schlüpfte sich nun hinter die nach innen aufgehende Türe. Bedes warf nun die Klinge weg und zog den Arbeiter hinter die Türe vor, ergriß eine Latte und wollte auf ihn einschlagen. Der Arbeiter fing den Schlag jedoch mit der Hand auf. In diesem Augenblick kamen der Sohn und Schwiegerjohn des Bedes herbei und unter Pöffen und Schlägen wurde der Arbeiter die zwei Treppen bis in den Hausflur hinuntergetrieben. Der Arbeiter war ein aus Essen zugereister Kollege und bis zu der Keilerei der intime Freund vom Sohne des Werkmeisters Bedes. Er hielt es augenscheinlich aus diesem Grunde auch nicht für nötig, sich hier anzumelden. Dem Werkmeister Bedes bleibt das Verdienst, diesen säumigen Kollegen an seine Pflicht erinnert zu haben. Spichelkederer und Liebedienerei stehen in dieser Fabrik in höchster Blüte. Dastie müssen sich die gehorsamen Sklaven aber auch noch Beschimpfungen und andere Liebeshandlungen gefallen lassen. Wagt es aber einmal ein Sklave gegen dieses und jenes zu opponieren, so erfolgt ein Wutausbruch, und die Harmonie zweier schöner Seelen ist gestört. Dann erst entkommen sich die Arbeiter, daß es auch einen Verband gibt; diesem wird dann die Uneigennützigkeit zugemutet, für sie einzutreten. Selbstverständlich müssen wir dieses entschieden ablehnen, sondern verlangen, daß sich die Metallarbeiter erst ihrem Verband anschließen, bevor sie von diesem Dienste verlangen. Dieses müssen wir um so mehr, da es an Anregung, dem Verband beizutreten, nie fehlt. Dieser Vorfall sollte aber allen die Augen öffnen und ihnen klar machen: wie es diesem Arbeiter gefehrt ergangen, wird es einem anderen morgen ergehen. Nicht Liebedienerei und Spichelkedererei wird die erbärmlichen Verhältnisse beseitigen, dazu ist nur eine stramme und starke Organisation imstande und ist es darum eure heiligste Pflicht, dem Verband beizutreten. Den auswärtigen Kollegen müssen wir aber wieder zurufen: Weid et dieses Colorado.

**Schlösser.**

**Breslau.** Der Regulator bringt in Nr. 44 einen Artikel über die Mitarbeit der Verbände an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dieser Artikel ist genau so zusammengelogen wie der in Nr. 41: „Metallarbeiter-Verbandsverhältnisse“. Die Herren scheinen das Lügen jetzt gewerbsmäßig zu betreiben. Eigentlich sollte man deswegen gar nicht mehr gegen die Fische polemisieren. Wenn wir es dennoch tun, so nur deswegen, damit unsere Kollegen imstande sind, bei Gelegenheit den Lügenpeinern heimzuleuchten. Im vorliegenden Falle handelt es sich um die hiesige Bauhofsloßerbewegung. Bei der Firma Meineke war, wie schon in Nr. 37 berichtet, erst von den Bauhofsloßern beschlossen worden, falls die Firma den vorgelegten Tarif nicht anerkennt, am 8. August in den Streik zu treten. Nachdem aber Direktor Philippson in einer Rede „seinen“ Arbeitern erzählt hatte, daß die Firma Meineke Mitglied des Industriellenverbandes und dieser Verband streng sei, so daß im Falle eines Streiks keiner mehr Arbeit erhalten würde, wurde im Anschluß daran (bei Meineke sind 21 Fische) beschlossen, nicht in den Streik einzutreten. Am 9. August fand nun eine vom Gewerksverein einberufene Werkstatthalterversammlung statt, in der auch unser Kollege Philipp anwesend war. Philipp ist von der Behauptung einer Sperre, von der jetzt im Regulator fabuliert wird, nichts bekannt. Die Sache ist vielmehr so, daß, nachdem von Pohl und Drischulof (Gewerksvereiner) die Vorgänge bei den Verhandlungen geschildert worden, letzterer meinte, über die Werkstatthalter müsse mindestens die Sperre verhängt werden. Ein Beschluß darüber ist nicht gefaßt worden. Wir haben deswegen auch unseren Mitgliedern, die bei Meineke anfangen wollten, nichts in den Weg gelegt und werden dies auch für die Zukunft nicht tun. Im Gegenteil, wir halten es für richtiger, daß, wie hier die Dinge liegen, wenn in einer solchen Werkstatthalterversammlung Arbeiter eingestellt werden, Verbandsmitglieder hineinkommen, anstatt daß Unorganisierte anfangen; die doch auch durch eine Sperre nicht abgehalten werden, anzufangen. Wir erklären deswegen, daß, gesetzt den Fall, die Sperre wäre wirklich verhängt worden, wir sofort versucht hätten, diesen Beschluß rückgängig zu machen, weil wir ihn nach Lage der Sache für völlig verfehlt ansehen mußten. Wenn die Gewerksvereiner das nicht begreifen können, nun, gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. Bei dieser Gelegenheit noch einige Worte zu dem Artikel in Nr. 41. Auch darin ist weiter nichts als Lüge und Verdrehung. In dem Bericht heißt es: „Daß am zweiten Tage des Streiks Kollege Philipp den Vorsitzenden der vereinigten Maschinenbauer, Drischulof, in dessen Wohnung aufsuchte, um ihm mitzuteilen, daß die Firma Tretenberg nur mit dem Vertreter des Gewerksvereins verhandeln wolle. Als nun am nächsten Tage Kollege Biallas den Herrn Schlegel aufforderte, mitzukommen, gab derselbe seiner Verwunderung Ausdruck, nun doch bei Tretenberg vorgelassen zu werden.“ — Wichtig ist, daß Philipp zu Drischulof gegangen ist. Falsch ist aber, was der Artikelschreiber dem Kollegen Philipp sagen läßt. Wir erfuhrten nämlich durch Zufall noch am selben Tage, daß Tretenberg an eine Anzahl Arbeiter geschrieben, sie sollten zwecks Rücksprache zu ihm kommen. 13 Mann sind auch hingegangen. Nach dem uns von einem dieser 13 übermittelten Bericht schien es, als ob die Arbeiter sich überbieten lassen wollten. Jetzt galt es zu handeln. Philipp ging deswegen in später Abendstunde zu Drischulof, ihm den Vorfall mitzuteilen und sagte dabei: „Ihre (des Gewerksvereins) Leute sind dort gewesen und wollen morgen arbeiten, Sie werden doch nicht wollen, daß ein zweites „Mehlich“ entsteht. Kommen Sie doch sofort mit, Schlegel wartet auf uns.“ In der folgenden Aussprache wurden wir einig, daß in diesem Falle unter allen Umständen gemeinsam gehandelt würde. Davon, daß Tretenberg nur mit dem Gewerksverein verhandeln wolle, war überhaupt keine Rede. Auch hat Tretenberg das nicht gedupert. Tretenberg hat, als einer der Arbeiter darauf hinwies, daß die Arbeiter, jetzt allein nichts zusagen könnten, daß da die Organisationen dabei sein müßten, erklärt: „Nun, wenn es denn nicht anders geht, dann schicken Sie mir die Vertreter her.“ Das spielte sich am 9. August ab. In der Versammlung am 10. August wurde alsdann beschlossen, daß wir, die Vertreter der Organisationen, mit Tretenberg verhandeln. Die Gewerksvereiner scheinen also an Halluzinationen zu leiden, wenn sie von einer an Schlegel ergangenen Aufforderung fabeln. Übrigens, wenn der Vertreter der Fische nicht dabei gewesen wäre, wäre es auch gegangen, denn der Herr war bei der Verhandlung stumm wie ein Fisch! Wenn wir für jedes von ihm zu Herrn Tretenberg gesprochenen Wort einen Saler zahlen müßten, würden wir noch nicht einen Loz werden. Schwindeln, Lügen, Tattachen verdrehen, das können die Fische, aber Arbeiterinteressen wahrnehmen — nicht! (Die Gelegenheit bei Meineke liegt also so, daß die Fische-Dummköpfe zu seig waren, in den Streik einzutreten. Und weil sie in ihrer „Ruhe“ durch später bei Meineke in Arbeit treibende Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht „gestört“ werden wollten, verhängten sie die Sperre. Das Manöver ist nur zu durchsichtig, aber echt Fische-Dummkopf! Die Redaktion.)

**Breslau.** Am 29. Oktober wurde in den Reichshallen eine öffentliche Bauhofsloßerverversammlung abgehalten, in der der Gesellenausschuß über die Verhandlungen mit der Zunung der Meister Bericht erstattete. Das Verlangen einer am 10. September abgehaltenen Versammlung, daß der Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes zu den Beratungen zugezogen wird, wurde dem Zunungsvorstand abgelehnt. Es wurde aber in die Verhandlungen emgetreten. Dabei zeigten die Meister bei verschiedenen Punkten, daß sie durch das energische Vorgehen der Gesellen einigermaßen von ihrem mittelalterlichen Standpunkt abgekommen sind und es nicht mehr ganz von der Hand weisen, daß auch die Gesellen ein Wort über ihre eigenen Angelegenheiten mitsprechen. Aber von der einheitlichen Festlegung der Arbeitszeit, oder gar von der Einführung eines Minimallohnes in der Höhe von 28, 35 und 40 Pf., wollten die Herren nichts wissen; 25 Pf. Stundenlohn für Junggesellen sei das höchste, was gewährt werden könnte, denn die Ausgelernten seien oft nicht in der Lage, auch nur diesen Lohn zu verdienen. Die jungen Leute sollten über etwas tüchtiges lernen, statt so hohe Ansprüche an die Meister stellen. Einer der Herren meinte gar, er habe in seiner Jugend nur 12 Pf. in 14 Tagen verdient und

habe dabei ganz gut bestehen können. Ein anderer aber sagte: die Gefellen, die heute 45 Pf. erhalten, verdienen diese nicht, denn sie arbeiten ja doch nur zum Vergnügen u. s. w. Eine Einigung über diesen Punkt konnte absolut nicht erzielt werden, da der Gefellenausschuss es nicht verantworten zu können glaubte, bei den hiesigen teureren Verhältnissen einem Minimallohn von 25 Pf. die Zustimmung zu geben. Alle Diskussionsredner stimmten der Haltung des Gefellenausschusses zu und sprachen ihr Bedauern über den engherzigen Standpunkt der Meister aus. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die am 29. Oktober 1904 in den Reichshallen tagende überaus stark besuchte Bauhilfslohnerversammlung hat von den Verhandlungen des Gefellenausschusses mit der Innung Kenntnis genommen. Alle Anwesenden protestierten ganz entschieden gegen die Zumutung der Innung, für einen Stundenlohn von 25 Pf. pro Stunde in Dresden zu arbeiten, sowie gegen die Begründung, die von einigen Meistern dazu gegeben wurde. Die Versammlung ist gegen einen Tarifabschluss auf eine bestimmte Zeit, sobald nicht die am 10. September dieses Jahres festgelegten Mindestlöhne nach Altersklassen, die der Innung mitgeteilt worden sind, als Grundlage im Tarif anerkannt werden. Die Gefellenschaft fühlt sich schuldig, wenn der Frieden und das gute Einvernehmen durch die ablehnende Haltung der Meister gestört wird. Aus dem Verhalten der Meister gegenüber den geringen Forderungen der Gefellenschaft ergeben alle Anwesenden, daß es nur durch geschlossenes und gemeinsames Vorgehen möglich ist, ihre Lebenslage zu verbessern, und sie seien deshalb alle ihr volles Vertrauen in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, der zur geeigneten Zeit helfen wird. Die Zeitung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird deshalb ersucht, in Gemeinschaft mit dem Gefellenausschuss alle Vorbereitungen zu treffen, die notwendig sind zur Schaffung eines Tarifs mit ähnlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie die Leipziger Kollegen verlangen. Diese Vorlage ist dann von neuem der Gefellenschaft vorzulegen.“

Schmiede.

**Stuttgart.** Über „Berufs- oder Industrierverbände“ sprach in einer am 29. Oktober abgehaltenen öffentlichen Schmiederversammlung Kollege Guterbach. Der Redner führte, in kurzen Umrissen wiedergegeben, ungefähr folgendes aus: Die Entwicklung der Industrie und die Konzentration des Kapitals habe in Deutschland im letzten Jahrzehnt einen gewaltigen Aufschwung genommen. Besonders der Ausbau der Kartelle und Syndikate habe sich mit Riesenschritten vollzogen. So habe der Stahlwerksverband fast die ganze Rohstahlproduktion an sich gerissen. Von dem erzeugten Rohstahl von 8820000 Tonnen in Deutschland im Jahre 1903 treffen auf den Stahlwerksverband allein 77% Millionen Tonnen gleich 88,5 Prozent. Durch die Machtmittel dieser Vereinigung würden alle außerhalb stehenden Firmen erdrückt. Eine weitere Erscheinung der Entwicklung sei die Kombination der Betriebe, unsere Industriemagnaten seien bestrebt, durch die Zusammenlegung der Betriebe sich von der Konkurrenz unabhängig zu machen und den Verbrauchern die Preise zu diktieren. Insbesondere seien die Vereinigungen auf der Gründung der Arbeitgeberverbände, die sich am 4. April d. J. zur Gründung der Hauptstelle und des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände verbandelten, von den Arbeitern ganz besonders zu beachten. Dazu noch die Ausperrungen Laufender von Arbeitern aus den geringfügigsten Ämtern — das alles zwinge die Arbeiter, besonders die der Metallindustrie, zu einer einheitlichen und strikten Organisation zu streben. Nun seien noch auf dem Gewerkschaftskongress zu Halberstadt 1892 drei verschiedene Ansichten über die Organisationsform vorhanden gewesen; die damaligen Debatten über Industrierverbände, Zentralorganisation mit Unionen und Lokalorganisation führten zur Annahme der Resolution der Holzarbeiter, die die Annäherung veranlaßte, welche durch Kartellverträge empfohlen, jedoch die Entscheidung der späteren Vereinigung zu Unionen oder Industrierverbänden der weiteren Entwicklung überläßt, die Vereinigung aber befürwortet, wo die Verhältnisse es zulassen. Auch spätere Gewerkschaftskongresse und eine Reihe von Generalversammlungen der Zentralverbände beschäftigten sich mit der Organisationsfrage. Von den Gegnern der Industrierverbände werde behauptet, daß die Industrie noch nicht genügend entwickelt, im Industrieverband die Interessen der Betriebe nicht genügend berücksichtigt werden könnten, und daß bei Antritt an solche nur Mitglieder verloren gehen würden. — Alles das treffe aber heute nicht mehr zu; besonders der Metallarbeiter-Verband habe bewiesen, daß die einzelnen Betriebe durchaus keinen Nachteil, sondern nur Vorteil durch den Industrieverband haben. Den besten Beweis bieten die Formen. So wäre es für einen Berufsverband eine Unmöglichkeit, eine Statistik in dem Umfang durchzuführen wie das durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband für den Formerberuf geschehen ist. Eine Aufnahme von 1708 Betrieben und 75097 Beteiligten sei nur möglich durch die ausgezeichneten Verbindungen in allen Orten und Städten mit Metallindustrie, die ein Industrieverband hat. Auch bezüglich der Werbestärke bieten die Formen den besten Beweis. So waren im Deutschen Metallarbeiter-Verband im Jahre 1899: 7373 Formen organisiert, 1900: 7449, 1901: 11088 (in diesem Jahre erfolgte der Übertritt des Zentralverbandes der Formen mit 3951 Mitgliedern), 1902: 12260 und 1903: 18898. Diese Zahlen beweisen, daß durch den Industrieverband die Werbestärke für die Organisation keineswegs abnimmt. Aber auch in anderer Hinsicht ist der Industrieverband der engen Branchenorganisation vorzuziehen. Die enge Branchenorganisation umfaßt einen verhältnismäßig kleinen Kreis die Mitglieder lernen über die Verhältnisse ihres Berufs nicht hinaussehen und werden daher mehr oder weniger einseitig, sie lassen sich nur von den Interessen ihres Berufs bei ihren Handlungen leiten. Eine allgemeine Organisation erweitert den Blick und dies sei von Vorteil für die Organisation. Weiter ist eine große Organisation bedeutend leistungsfähiger, auch ihre Verwaltung ist billiger. So habe beispielsweise der Deutsche Metallarbeiter-Verband 1903 für Gehälter und sachliche Verwaltungskosten pro Mitglied 0,41 Mk., der Schmiedeverband 1 Mk., der Verband der Gravure und Ziselure 1,07 Mk. und der Verband der Kupferschmiede 1,50 Mk. ausgegeben. Ähnlich sei das Verhältnis der Ausgaben für Generalversammlungen und Kongresse und insbesondere für das Verbandsorgan. Es betrug die Ausgabe für das Verbandsorgan 1903 pro Kopf im Metallarbeiter-Verband 0,33 Mk., im Schmiedeverband 1,16 Mk., im Verband der Kupferschmiede 1,65 Mk. und im Verband der Gravure und Ziselure 2,40 Mk. Außerdem müsse man berücksichtigen, daß für die in einem Industrieverband vereinigten Branchen die ungenügenden Zeiten nicht gleichzeitig eintreffen, und deshalb kann der einzelne Betrieb die eigenen schlechten Zeiten durch den Rückhalt an den übrigen Branchen leichter überwinden. Zudem ist die Schlagfertigkeit in einem Industrieverband größer als in so und so viel Branchenverbänden. Schließlich ist dem Verbandsorgan ein Ertrag besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse habe der Deutsche Metallarbeiter-Verband als Industrierverband den Beweis erbracht, daß er an der Spitze steht; es sind für Streiks ausgegeben worden im Deutschen Metallarbeiter-Verband pro Kopf 1902: 3,26 Mk., 1903: 7,63 Mk.; im Schmiedeverband 1902: 0,36 Mk., 1903: 1,05 Mk.; im Verband der Gravure 1902: 0,39 Mk., 1903: 1,66 Mk.; im Verband der Kupferschmiede 1902: 0,64 Mk., 1903: 1,28 Mk. Die Hauptfrage aber sei, daß der Industrieverband infolge des Zusammenwirkens aller Kräfte eher in der Lage sei, die reaktionären Bestrebungen des Unternehmertums zurückzuweisen als dies in Branchenverbänden geschehen könnte. Die Organisation in Form einer Reihe von Branchenverbänden, wenn auch auf zentralisierter Grundlage, bedeutet eine doch sehr geringe, und gerade die Lage der Schmiede erfordert größere Maßnahmen: Abschaffung des veralteten Kopf- und Logiswesens, einseitige Regelung der überlangen Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne wärfen unter nichts als Ziel sein. Die letzte historische Aufnahme der Verbandsliste Stuttgart des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes habe ein Bild über die äußerst traurige Lage der Schmiede Stuttgart gegeben. Wenn wir dem reaktionären Bestrebungen der Unternehmer entgegenzutreten entgegengehen wollen, wenn wir unsere Lage auf eine höhere Stufe heben wollen, so bedarf es des Zusammenwirkens aller Kräfte und des Heranziehens jeder Zerstückelung.

In der darauffolgenden lebhaften Diskussion wurde die Ortsverwaltung beauftragt, im Sinne des Referats unter den Schmieden Stuttgarts zu wirken.

Rundschau.

Saarabische Arbeiterfreunde.

In § 118 Abs. 3 der Gewerbeordnung ist es den Unternehmern unterlagt, die Arbeitszeugnisse mit Merkmalen zu versehen, die den Zweck haben, die Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen. Diese Bestimmung wird von den Unternehmern einfach durch das System der schwarzen Listen umgangen. Dieses System der Berufsverleumdung, das anfangs nur dazu diente, an Streiks z. beteiligte Arbeiter für geraume Zeit von den beteiligten Betrieben auszuschließen, ist inzwischen von den Schavimachern noch weiter ausgebildet worden. Vor uns liegt das Original einer schwarzen Liste des saarabischen Arbeitgeberverbandes, deren Wortlaut ist:

„Arbeitgeberverband der Saarindustrie. Geheim! Liste der in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Agitation im Saargebiet tätigen Personen.“

Den 16. September 1904. Von den Dillinger Hüttenwerken, Dillingen ist am 14. September der dort seit dem 7. Juli d. J. beschäftigte Schlosser . . . geboren am . . . (Kreis Trier), wohnhaft in Noden (Kreis Saarburg), entlassen worden, weil derselbe dem Deutschen Metallarbeiterverband als Mitglied angehört.

Von der Burbacher Hütte ist dem Arbeiter . . . (f. Liste Nr. 6), wohnhaft Burbach, . . . gekündigt worden. Ferner ist von der Burbacher Hütte der Vormaliger . . . wegen äußerst frechem Benehmen entlassen worden (am 12. September).“

Die Arbeiter werden so in die Acht erklärt, ohne daß sie davon eine Ahnung haben. Dieses System der Nichtswürdigkeit und Niedertracht wird von den Leuten praktiziert, die sich bei jeder Gelegenheit als Arbeiterfreunde ausstellen. Wenn schon die brutalen Maßnahmen dieses Arbeitgeberverbandes die schärfste Verurteilung verdienen, so nicht weniger die erbärmliche Heuchelei, die diese Geheißerächter mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit treiben.

Wer wählt den Ausschuss der Versicherungsanstalten?

Gegenwärtig haben die Krankenkassen die Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber zu den unteren Verwaltungsbehörden zu wählen. Nach dem Invalidegesetz haben nun diese Vertreter die Mitglieder des Ausschusses der Versicherungsanstalten zu wählen und der Ausschuss wieder einige Vertreter in den Vorstand der Anstalt. Da laut Regulator, der Anordnung, die Wahl der Vertreter für die unteren Verwaltungsbehörden jetzt schon vorgenommen werden und dann erst die Wahl der Ausschussmitglieder, so hat man auch allgemein angenommen, daß auch die jetzt neu zu wählenden Vertreter die Neuwahlen für den Ausschuss vorzunehmen haben, wie dies auch das letzte Mal geschehen ist. Von diesem Modus will man aber abkommen und es den am 31. Dezember 1903 aus dem Amte scheidenden alten Vertretern ermöglichen, noch, wo irgend möglich, rückständige Vertreter in den Ausschuss zu wählen. Ein diesbezüglicher Erlaß des Oberpräsidenten für Hessen-Nassau hat den Anfang gemacht. Dieser geheime Erlaß an die Aufsichtsbehörden erklärt, daß die alten Vertreter bis Ende des Jahres im Amte bleiben, folglich auch die am 1. Januar 1905 im Amte eintretenden Ausschussmitglieder nicht von den jetzt neuwählenden Vertretern gewählt werden könnten, deren Amtstätigkeit auch erst am 1. Januar 1905 beginnt. Warum hat man aber das letzte Mal diese streng „juristische“ Seite der Sache nicht beachtet? In den Bezirken anderer Versicherungsanstalten, wie Berlin, Heiden zc., wählten doch auch die neuwählenden Vertreter später noch die Ausschussmitglieder! Es gilt deshalb, gegen diese noch größere Verschlechterung des ohnedies so unbeliebten Gesetzes zu protestieren.

Von der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz.

Selbsterkenntnis ist eine Tugend! Jetzt jaugen endlich auch die Versicherungsanstalten selbst an, einzuräumen, daß einigere ganze „herrliche Skrone der Sozialreform“ ihren eigentlichen Zweck gar nicht erfüllt und eigentlich nur das Heilverfahren es noch ist, was die Versicherungen der Landesversicherungsanstalt noch näher bringen kann. So schreibt der Vorstand der großen Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in seinem letzten erschienenen Geschäftsbericht für das Jahr 1903: „Das Heilverfahren gewinnt fortgesetzt größeren Umfang. Auf diesem Felde wird immer mehr die Haupttätigkeit der Versicherungsanstalten zu suchen sein. Die Bewilligung der Renten tritt gegenüber dem Heilverfahren zurück.“

Wer wird sich auch um die erbärmlich niedrige Rente reißen? Nach dem Bericht gingen bei der Versicherungsanstalt im Jahre 1903 insgesamt 7094 Anträge auf Übernahme des Heilverfahrens ein (gegen 5477 im Jahre 1902). Davon wurden 5505 (3178) Anträge bewilligt; 1812 Anträge abgelehnt und 260 Fälle erledigt; es lag durch den Tod oder Beirath der Antragsteller. Die Ausgaben für Heilverfahren betragen im Jahre 1903: 1.120.529,90 Mk. gegen 667.267,01 Mk. im Jahre 1902. Für den Einzelfall wurden also im Durchschnitt 251,61 Mk. gegen 233,13 Mk. im Vorjahr aufgewendet. Von den beteiligten Krankenkassen erhielt die Versicherungsanstalt 209.692,22 Mk. an Krankengeld. Man hat auch der Familienunterstützung der in Heilstätten z. untergeordneten Kranken mehr Beachtung geschenkt, dieselbe erhöht, so daß jetzt bis zum 1. Juli ein Betrag des Krankengeldes oder 1/4fachen Betrag des ortsüblichen Tagelohns an die Familien bezahlt werden. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 4390 Heilverfahren beendet von 3368 Männern und 1022 Frauen. In 3535 = 80,5 Prozent wurden Erfolge erzielt! An Langzeitunterstützte wurden 2689 Fälle von 2247 Männern und 442 Frauen versorgt und wurden 2221 Patienten = 82,6 Prozent mit Erfolg entlassen!

Die Versicherungsanstalten machen ein Bombengeschäft und können sich diese Ausgaben sehr gut leisten, sparen ja Rente dabei, wenn sie die Invalidentät zu verhüten suchen. An Beiträgen allein hatte die Versicherungsanstalt Rheinprovinz im Berichtsjahr 14.895.108,16 Mk. eingenommen. Die Lohnklasse V, mit 36 Pfennig Wochenbeitrag, hat allein gegen das Vorjahr eine Steigerung um 33 Prozent aufzuweisen. Für Renten hatte die Anstalt nur 7.765.148,1 Mk. im Jahre 1903 verausgabt. Das Gesamtvermögen ist riesig angewachsen und betrug am Schlusse des Jahres 115.795.323,33 Mk. Gegen das Vorjahr hat sich das Vermögen um mehr als 3 Millionen Mark erhöht! Jämmerlich niedrige Renten und Nießvermögen!

August Straß

hat sein Amt als Vorsitzender des christlichen Gewerbevereins der Bergarbeiter niedergelegt. Im Bergknappen wird dies unter „Vereinsnachrichten“ wie folgt angeführt: „Der Vorstandssitzung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands vom 30. Oktober dieses Jahres hatte sich mit Differenzen innerhalb des Verbandes zu befassen. Die ausgedehnte Aussprache hierüber ergab das Resultat, daß der Vorstand es für notwendig hielt, die Generalversammlung vor die Entscheidung zu stellen, ob sie die Taktik in der bisherigen Zeitung billige oder nicht und eventuell einen neuen Vorstand wählen wolle. Daraufhin legte der Vorsitzende Straß sein Amt als erster Vorsitzender nieder. Bis zur nächsten Generalversammlung führt der zweite Vorsitzende des Gewerbevereins, Karl Kühne, (Böckum IV), den Vorsitz. Am 30. Oktober 1904. Der Zentralvorstand des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Karl Kühne.“ Die Leitende Arbeiterzeitung widmet Straß folgenden „Nachruf“: „Zehn Jahre lang hat Straß an der Spitze des Gewerbevereins gestanden, den er mitgegründet und dem er die beste Kraft seines

Lebens gewidmet hat. Der Gewerbeverein hat sich unter ihm von den kleinsten Anfänger an bis zu seinem jetzigen Stand von 44000 Mitgliedern entwickelt. Die christliche Arbeitererschaft wird sein Verdienst um die Bergarbeiterfrage und um die christliche Gewerkschaftsfrage stets zu würdigen wissen, so bedauerlich es ist, daß es zu dieser Krisis kommen mußte.“

Über die Sitzung, in der es zum Bruch kam, wird noch folgendes berichtet: In einer stürmisch verlaufenen Sitzung des Vorstandes und des Ehrenrats, die am Sonntag (30. Oktober) stattfand und von morgens 10 bis abends 11 Uhr dauerte, wurde die Schreibweise Bruffs im Bergknappen allgemein verurteilt, worauf Bruff sein Amt niederlegte. — Das Bruff nicht im Ernste daran denkt, das jetzt eine Erklärung von ihm, die er in ultramontanen Zeitungen veröffentlicht. Er stellt sich hin als das Opfer persönlicher Gegner im Gewerbeverein. Er habe schon am 9. Oktober und abermals am 30. Oktober versprochen, am Bergknappen nicht mehr mitzuwirken. Seine persönlichen Gegner, vor allem ein Ausschussmitglied D., hätten sich aber damit nicht zufriedengegeben, sie hätten vielmehr durchgesetzt, daß der Vorstand mit 9 von 16 Stimmen beschlossen habe, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerbevereins mit der Tagesordnung: 1. Taktik des Gewerbevereins; 2. Neuwahl des Vorstandes. Darauf habe er bemerkt, man möge doch ehlich sein und bekennen, daß es sich lediglich um den Sturz des Vorsitzenden handeln solle. Ein hervorragendes Ehrenratsmitglied habe darauf geantwortet: „Sawohl, es handelt sich um den Sturz von Bruff!“ Und nun zeigt sich wieder, daß Bruff mit Vorteil die M. Glabbacher Jesuitenschule besucht hat. Meisterhaft versteht er es, die die Form einer Tragödie annehmende Geschichte in eine Komödie zu verwandeln. Zu dem genannten Vorstandsbeschluß äußerte er sich wörtlich:

„Eine außerordentliche Generalversammlung kostet dem Gewerbeverein an die 2000 bis 3000 Mk. Um diesen Preis, von den Kameraden im Schweiße des Angesichts zusammengeschafft, wollte ich es doch auf keine strapazieren mit meinem Widerstand im Gewerbeverein antommen lassen, und weil ich meine eigene Schöpfung nicht durch einen Knupp nur um meine Wenigkeit erschüttert und geschädigt sehen wollte, habe ich mein Amt als Vorsitzender des Gewerbevereins niedergelegt. Die nächste ordentliche Generalversammlung mag weiter entscheiden. Meine Freunde im Gewerbeverein bitte ich nun, von jeder Gegenströmung Abstand zu nehmen und ruhig bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung sich gedulden zu wollen. Alle Freunde, wie auch die Widersacher im Gewerbeverein bitte ich aber dringend, bei allem, was vorkommen mag, mit mir die gute Sache des Gewerbevereins über Personen, auch über unsere eigene Person zu stellen. Ramentlich bitte ich aber meine Freunde, treu zur Fahne des christlichen Gewerbevereins zu halten, die nach wie vor auch die meinige bleiben wird.“

Bruff kennt seine Leute und weiß, wie er sie einfeilen muß. Er hat es schon gut befürchtet. Mancher fromme Christenbruder wird sich jetzt schon ein Tränlein aus den Augen wischen ob des „Unrechtes“, das an dem „wackeren“ Kämpen verübt wurde. Bis zur nächsten Generalversammlung wird auch der Born seiner christlichen Gegner verrückt sein und Bruff wird als Sieger seinen Präsidentensessel wieder einnehmen. Es wäre auch schade und wir würden es sehr bedauern, wenn es anders käme.

Zentrums-Terrorismus.

Das Zentrum beschwert sich über den Terrorismus der National-Liberalen, besonders über den im Saargebiet geübten. Welche Grundzüge aber das Zentrum und die in seinem Gefolge sich befindlichen christlichen Arbeiterführer in bezug auf Wahlen haben, das hat sich bei den Knappschäfts-Arbeiterwahlen im Ruhrbezirk gezeigt. In der sozialdemokratischen Presse wird aber jetzt noch folgendes berichtet: Bekanntlich war es dem Bergarbeiter-Verband bei der Arbeiterwahl gelungen, die Kandidaten des christlichen Gewerbevereins in ihrer Mehrzahl aus dem Sattel zu heben. Gegen die Wahlen sind nun eine ganze Reihe von Protesten eingegangen, mit denen die Vorstandssitzung des Knappschäftsvereins sich zu beschäftigen hatte. Schon die Einleitung der „Wahlprüfung“ ist charakteristisch für die Treulosigkeit, mit der die Senie vorgehen, die den „undurchsichtigen“ Arbeitern das Anstandsgefühl absprechen. Mit Hilfe der Zechenpartei hat der Gewerbeverein für einige Monate noch die Majorität unter den Vorstandsältesten, 9 gegen 6 Verbändler. Als zur Vorprüfung der Wahlprotokolle eine Kommission aus dem Vorstande gewählt wurde, wählten die gewerkschaftlichen Anstandslehrer nur ihre Leute in die Prüfungscommission, so daß nur eine Partei in dem Ausschuss zum Wort kommen konnte. Noch toller wurde aber der Skandal, als der Prüfungsausschuss auch noch über die Gültigkeit der Wahlen zweier seiner Mitglieder (die Brunnianer Kühme und Klasse) zu befinden hatte. Die Wackeren blieben ruhig in der Kommission sitzen, und wenn sie auch nicht in ihrem Falle direkt mitstimmen, so erläuterten sie doch ihre eigene Sache. — Nun die Entscheidungen der Vorstandssitzung:

Der zweite Vorsitzende des christlichen Gewerbevereins Kühme (jetzt Vertreter Bruffs) war mit 17 Stimmen gegen einen Verbändler unterlegen. Nach dem Protest der Gewerbevereiner hat die Zechenpartei „Karolinenglück“ Ausweisscheine verweigert. Dies ist in drei Fällen geschehen und hat das Wahlergebnis nicht beeinflusst. Die christliche Majorität erklärte die Wahl des Verbändlers jedoch für ungültig!

Der Zechengewerbevereiner Bloch ist mit 30 Stimmen Majorität gewählt. Obgleich in diesem Falle 17 Ausweisscheine abgegeben! sind, erklärt die Mehrheit des Vorstandes die Wahl ihres Bruders in Christo für gültig!

Für gültig erklärt wurde auch die Wahl des Gewerbevereinslers Klasse, obgleich seine Majorität nur 15 Stimmen betrug und in seinem Falle 27 Ausweisscheine abgegeben waren.

Aber es kommt noch besser: Nach dem Statut soll der Arbeiter „unbescholten“ sein. Wegen „Bescholtenheit“ wurde nun die Wahl eines Arbeiters für ungültig erklärt, der vor 12 bis 13 Jahren wegen Majestätsbeleidigung bestraft worden ist! Ein anderer Arbeiter hat zwei Monate Gefängnis wegen Körperverletzung verbüßt; seine Wahl wurde für gültig erklärt!

Der „bescholtene“ Majestätsbeleidiger ist nämlich Verbändler, der Komda aber, der schon wegen Körperverletzung sitzen mußte, Mutterstrich und Gewerbevereiner. Das deckt in den Augen aller Zentrumschriften seine Sünden zu und macht ihn „unbescholten“!

Gegen einen Verbändler hatte der Vertreter des „Polnischen Gewerbevereins“ Breskott Protest eingelegt. Es kam dadurch auf Antrag der Verbändler zur Entscheidung über die prinzipielle Frage, ob die Arbeiterorganisationen ein Recht zur Vertretung der Knappschäftsmitglieder in Knappschäftsfragen hätten. Die „organisierten“ Gewerbevereinsältesten stimmten geschlossen mit den Zechenbesitzern gegen das Vertretungsrecht der Arbeiterorganisationen!

So schlugen die Gewerbevereinschriften terroristisch dem Rechte ins Gesicht und brachten die selbstverständlichen Arbeiterforderungen zu Fall, am schließlichen unter Freigabe aller Scham eine neue Niederlage zu erringen. 14 Wahlen wurden für ungültig erklärt. Aber auch wenn bei den Neuwahlen, die aus diesem Anlaß notwendig werden, der unmögliche Fall eintritt, daß sie alle zugunsten der Zechenpartei ausfallen, bleibt dem Bergarbeiter-Verband immer noch eine Majorität von zehn bis zwölf Stimmen im Arbeiterkollegium. Um dieses „Erfolges“ willen haben die christlichen Gewerbevereiner noch einmal für alle Zeit ihre innerste schwarze Seele geoffenbart und so dem Bergarbeiter-Verband neue Waffen geliefert, dem Zentrumsterror im Ruhrbezirk endgültig den Garaus zu machen!

Die Kirch-Zunderischen „Reformer“

in Düsseldorf haben sich am 4. November bei den Stadtverordnetenwahlen in der dritten Klasse mit einer selbständigen Liste beteiligt. Der „Reisfall“ war ein gründlicher Erfolg, trotz größter Zantams nur 348 Stimmen. Die Deutschen scheinen sich eingebildet zu haben, daß nach den vor zwei Jahren auf die gemeinsame Liste (Gewerbevereiner und Sozialdemokraten) gefallenen 2900 Stimmen ihnen jetzt davon der Löwenanteil zufallen würde. Aber um

müßten sie erleben, daß die Sozialdemokraten allein doch 2200 Stimmen erhielten. Der Rabenjammer ist nun groß. Herr Grefeleng sucht jetzt seine Nachläufer damit zu trösten, daß die Gewerkschaften bei den Wählern nicht bekannt genug gewesen seien. Im selben Atem aber spricht er davon, daß 100 000 Flugblätter verteilt worden seien. Da liegt es also doch wohl an den „Reformern“, daß sie zu unfähig sind, sich den Wählern recht verständlich zu machen. Also, auf die Fosen geht und ein verständlicheres Deutsch schreiben gelernt! Aber wir fürchten sehr: Wenn die Mehrheit der 348 Wähler die Firsche-Dunderianer richtig gefannt hätte, würden sie auch noch anders gewählt haben. Mit dieser Wahl sollte die neue unabhängige Arbeiterpartei, das „Ideal“ des Herrn Grefeleng, „geboren“ werden. Nun gibt G. selbst zu, daß es eine komplette Mißgeburt geworden ist. Unser aufrichtiges Beileid!

Vom Ausland.

Österreich.

Die Aussperrung der Gold- und Silberkettenarbeiter in Wien hat mit einem durchschlagenden Erfolg der Arbeiter geendet. In sämtlichen Betrieben dieser Branche wurde der Neunstundentag und ein Zwanzigprozentiger Zuschlag für Überarbeit erreicht. — Die Metallarbeiter des k. f. Seearienals in Pola haben Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt. Die Löhne dieser staatlichen Arbeiter sind sehr schlecht. Der Arsenalkommandant, der gebeten wurde, das Memorandum im offiziellen Wege dem Marinekommandanten zu übermitteln, erklärte, diesen Wunsch der Arbeiter nicht erfüllen zu können, da die Aktion von den Sozialdemokraten ausgehe. Das Komitee der Arbeiter beschloß nun, die Forderungen der Arbeiterchaft dem Marinekommandanten, dem Kriegsministerium, dem Finanzministerium, dem Präsidenten des Reichsrats und sämtlichen Reichsratsabgeordneten zuzufenden.

Frankreich.

Dem Bericht des Pariser Syndikats des französischen Metallarbeiter-Verbandes entnehmen wir einige Einzelheiten, die für das gewerkschaftliche und politische Leben Frankreichs recht charakteristisch sind. So wird unter anderem mitgeteilt, daß es dem Sekretär (dem besoldeten Beamten der Gewerkschaft) nach mehrmaliger Rücksprache mit dem Seine-Präfekten und dem Magistrat gelungen sei, eine Subvention von 500 Francs für die Gewerkschaft zu erhalten, „mit deren Hilfe wir unsern Arbeitsnachweis befestigen und unsere Propaganda intensiver werden betreiben können“. Welches Geschrei würden die Scharfmacher in Deutschland erheben, wenn Gewerkschaften aus öffentlichen Mitteln unterstützt würden. Auf der andern Seite aber sind unsere Gewerkschaften gegenüber den französischen auch in der glücklichen Lage, dieser Unterstützung entgegen zu können. Des weiteren wird in dem Bericht noch angeführt, daß die Gewerkschaft vom Handelsminister eine Anzahl

wertvoller professioneller, technischer und soziologischer Bücher für ihre Bibliothek geschenkt erhalten habe.

Merkwürdige Menschen, diese französischen Minister! Bei uns sind die Herren nur für die Unternehmer da; sie nehmen sogar Geschenke von diesen an, um damit die Gewerkschaften zu bekämpfen, in Frankreich aber beschenken die Minister die Arbeiter. Welch ein wildes Land, dieses Frankreich!

England.

Maschinenbauerverband. Der Monat September brachte keine fühlbare Veränderung der Situation. Die Zahl der Mitglieder ist 96075. Von diesen bezogen 5661 die Arbeitslosen, 2186 die Kranken- und 4783 die Altersunterstützung. Der numerische Bestand dieser drei Kategorien hat sich, im Vergleich mit dem vorigen Monat, nur unmerklich geändert, denn die Ziffern des Vormonats waren 5285, 2049 und 4738.

Von Differenzen mit Unternehmern ist nur wenig zu berichten. Ein Fall betraf die Nord-Ost-Gesellschaft. Diese hatte eine Änderung der Löhne vorgenommen, trotzdem sie beschlossen hatte, jede die Lohnfrage betreffende Diskussion zu vertagen. Jetzt aber behauptet die Gesellschaft, die wirtschaftliche Depression sei derart, daß sie gezwungen sei, die Löhne ihrer Arbeiter herabzusetzen. Die Verbandsmitglieder sind entschlossen, das gemachte Angebot mit allen Mitteln zurückzuweisen, dies um so mehr, als bei einer jüngsten Zusammenkunft man beiderseits stillschweigend einverstanden gewesen war, daß, wenn die Lohnfrage wieder zur Diskussion komme, sie nur die Lohnaufbesserung betreffen könne.

Eine andere Differenz betraf die Westinghouse-Kompagnie in Trafford-Parc (Manchester). Sie glaubte sich berechtigt, die Löhne der Arbeiter herabzusetzen zu können, die mehr als das Minimum verdienen. Es ist klar, daß der Minimallohn weder bei Spezialarbeiten, noch bei solchen, die eine außergewöhnliche Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit erfordern, in Frage kommen kann. Diesen Grundlag zu verteidigen, war die wichtigste Aufgabe bei den Unterhandlungen. Glücklicherweise wurde ein Abkommen getroffen, das Genugtuung verschafft und hoffentlich auch für die Zukunft solchen Mißverständnissen vorbeugt.

In Chesterfield hat die Firma Markham & Co. ihre Arbeiter mit einer Lohnereduktion beglückt. Diese Unternehmer weigern sich, die Lohnfrage mit den Arbeiterdelegierten oder ihren eigenen Angestellten zu besprechen. Als Antwort auf diese, Stummenheit Geist atmende Haltung haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt.

Literarisches.

Saarabien vor Gericht. Der Bericht über den Prozeß des Geheimrats Hilger gegen den Bergmann Krämer, von dem der Minister Müller im preussischen Landtag sagte: „Mir ist berichtet worden, daß der Bericht im wesentlichen zutreffend sei“, ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben. In diesem Prozeß wurde aufgedeckt, mit welchen Mitteln staatliche Betriebe arbeiten, um jede freie Bewegung ihrer Arbeiter zu unterdrücken. Deshalb in

dieser Prozeß den beteiligten Bergwerksverwaltungen nicht nur, sondern auch den herrschenden Parteien, namentlich dem Zentrum, unangenehm, wie die neulich fruchtbringende Debatte im preussischen Landtag gezeigt hat. Sie fürchten die Sozialdemokratie als „Lachenden Dritten“. Darum aber verdient die Broschüre namentlich in den Kreisen der Staatsarbeiter und unteren Beamten weiteste Verbreitung. Der Preis ist 50 Pf.

Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte. Unter diesem Titel ist soeben eine Broschüre von Paul Kampffmeyer in der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen. Der Verfasser hat seine früher erschienene Schrift: „Die Geschichte und Literatur der deutschen Sozialdemokratie“ vollständig ungearbeitet und bedeutend erweitert. Der Preis der Broschüre ist 40 Pf.

Briefkasten.

Buse, Berlin. Ihre Erwiderung auf die Unverschämtheiten der Firsche kommt in Nr. 48.

Zur Beachtung.

Bei den jetzigen, durch die Vergrößerung der Zeitung und das stetige Steigen der Mitgliederzahl bedingten, auf die Expedition entfallenden Mehrarbeiten ist es unbedingt nötig, daß dieselbe entlastet wird. Es kann dies am besten dadurch geschehen, daß die Zeitungen für jede Verwaltungsstelle nur an eine Adresse gesandt werden und die kleineren Sendungen für eine Filiale nebst Umgebung von den Kollegen am Orte selbst besorgt werden. Auch bitten wir, darauf zu sehen, daß nur stabile Adressen angegeben werden. Am besten eignen sich hierzu die Herbergen. Da bei uns die Adressen durch Stempel hergestellt oder gedruckt werden, so muß dabei auch auf längeren Bestand der jeweils angegebenen Adresse gerechnet werden können. Die Expedition.

Inhalt von Nr. 47.

Wohlfahrtsmärchen. — Christliches aus Belgien. — Die Baukontrolle in Berlin und Umgebung. — Zum Ausbau unseres Verbandes. — Firsche-Dunderische Heldentaten. — Die Lohnbewegung in der Berliner Gelbmetallindustrie. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Aus den Agitationsbezirken: V. Bezirk. IX. Bezirk. — Korrespondenzen. — Rundschau: Saarabische Arbeiterfreunde. Wer wählt den Ausschuß der Versicherungsanstalten? Von der Landesversicherungsanstalt Rheinproving. August Krust. Zentrums-Terrorismus. Die Firsche-Dunderischen „Reformer“. — Vom Ausland: Österreich. Frankreich. England. — Literarisches.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
Nachen (Allg.). Samstag, 19. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei Janke a. Markt.
Altenburg. Samstag, 19. November, abds. halb 9 Uhr, im „Lions“.
Die bevorstehende Konferenz des vierten Bezirkes und Wahl der Delegierten.
Altdörfing. Samstag, 26. Nov., abds. 8 Uhr, im Gasth. zu den 12 Apfeln.
Hofenhausen. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im „Wagerrischen Hof“, Wöhrstr. 8.
Aue (Sachsen). Sonntag, 27. Nov., nachm. 3 Uhr, im „Gambrius“.
Augsburg. Samstag, 26. November, abds. 8 Uhr, im „Drei König“.
Bamberg (Allg.). Samstag, 26. Nov., abds. 8 Uhr, in d. „Marcksbrücke“.
Bayreuth. Samstag, 26. Nov., abds. 8 Uhr, bei Georg Schmidt, zum „Kreuz“, Nr. 13.
Berlin. Mittwoch, 23. Nov., abds. halb 9 Uhr, Versammlung der G. H. J. in der Br. in der Rosenhallerstr. 11/12.
Bielefeld-Bradwe. Sonntag, 27. Nov., vorm. 10 Uhr, bei B. Weymeier, Bielefeld-Bradwe.
Bitterfeld. Samstag, 19. November, abds. halb 9 Uhr, im „Hohensollern“.
Böhm. Kombinierte Versammlung. Sonntag, 27. November, nachm. 3 Uhr, bei Schäfer, Ringstr. 8.
Bonn a. Rh. Samstag, 26. Nov., abds. 9 Uhr, bei Späth, Kaiserstr.
Braunschweig (Allg.). Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.
Burgsal. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im Gasthof z. Einhorn.
Cottmar i. G. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im Gold. Adler.
Crimmitschau i. S. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, in Wilmerts Herberge, Johannisplatz.
Dessau. Samstag, 26. Nov., abds. 8 Uhr, im Burgtheater, Amalienstr.
Döbeln. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, in der „Waldenterrasse“. Wahl des Bevollmächtigten.
Duisburg. Samstag, 26. Nov., abds. 7/8 Uhr, im „Gambrius“, Friedrich-Wilhelmplatz.
Eisenach. Freitag, 25. Nov., abds. halb 9 Uhr, im „Frischling Mann“.
Eibersfeld (Allg.). Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im Volksh. Sohrstr.
Eibersfeld (Klempn. u. Installateure). Montag, 28. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei Jungelohd, Neustr. 1.
Eimshorn. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei H. Krause, Flammweg 39.
Emden. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im Bellevue, Bahnhofstr.
Ermendingen. Samstag, 26. Nov., abds. 7/8 Uhr, in der „Sinnerhale“.
Erfen. Samstag, 26. Nov., abds. 8 Uhr, im Lokal „Vorwärts“.
Finstertal. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im Gesellschaftshaus Raudorf.
Frankenberg. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im „Lunel“.
Frankfurt a. Main-Sachsenheim. Bezirk Sachsenhausen. Freitag, 25. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei Bierhelfig, gr. Rittergasse 56. — Bezirk Hedderheim. Montag, 21. Nov., abds. halb 9 Uhr, im „Arbeiterheim“. — (Spengler u. Installat.). Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Rolleg 5.
Freising. Sonntag, 27. Nov., vorm. 10 Uhr, beim Jägerwirt.
Gevelsberg. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei Richard Hagenberg.
Griesheim a. M. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im „Maffauer Hof“.
Guben. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, i. Volksgarten, Sprennerstr. 44.
Holl. Schwab. Samstag, 25. Nov., abds. 8 Uhr, in der „Germania“.
Gamm. Freitag, 25. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei Winkler, Königstr. 44.
Gannover (Former u. Giebereiter). Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei Wegener. — (Klempner u. Installateure). Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei Wötcher, Langestr. 2.
Gannover (Schmiede). Samstag, 26. November, abds. halb 9 Uhr, bei Meier, Langestr. 54.
Havsb. a. G. (Allg.). Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei G. Wüstenhop, 1. Bergstr. 7.
Heidelberg. Samstag, 26. November, abds. halb 9 Uhr, im „Gedlenen Römer“, Hauptstr. 41.
Herne i. W. Jeden zweiten und vierten Samstag im Monat, abds. 8 Uhr, bei Gieper, Altmatt.
Hildesheim. Sonntag, 27. Nov., nachmittags 2 Uhr, bei Grunow.
Jena (Allg.). Samstag, 26. November, abds. halb 9 Uhr, in „Lewer“.
Kasseleratern. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, Burg, Steinstr. 20.
Kell. Dienstag, 29. Nov., abds. halb 9 Uhr, in der „Deutschen Eiche“, Hiltorstr. 70.
Kellerbach. Samstag, 26. Nov., abds. 9 Uhr, im „Neu. Mainkuf“.
Kiel (Klempner). Dienstag, 22. Nov., abds. halb 9 Uhr, in den „Zentralhallen“, Alte Reichs. — (Bezirk Saarden). Donnerstag, 24. Nov., abds. halb 9 Uhr, in der „Gandener Börse“. Vortrag des Genossen Niendorf über den Generalstreik. — (Bezirk Friedrichsdorf). Donnerstag, 24. Nov., abds. 8 Uhr, bei Höpft in Wellingdorf. Vortrag des Reichsleiters Kollege Gottshufen.
Kiel (Former). Sonntag, 27. Nov., nachmittags 4 Uhr, in den „Zentralhallen“, Alte Reichs.
Kottbus. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei Scheppe, zur „Meze“, Belvederestr. 142.
Kupperberg-Wiesdorf. Mittwoch, 23. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei R. Krüner, zum „Schiffstall“.
Leubsdorf. Samstag, 19. Nov., abds. 8 Uhr, im „Hofbräu“, Neustadt.
Leisnig. Freitag, 25. Nov., abds. halb 9 Uhr, im „Neustadt“, Neustadt.
Lindau. Samstag, 26. Nov., abds. 8 Uhr, im „Engelgarten“.
Löhntz. Samstag, 3. Dez., abds. halb 9 Uhr, in Sperleins Restaur.
Lüdenscheid. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei Rüggeberg.
Mairz. Samstag, 3. Dez., abds. halb 9 Uhr, im „Gedlenen Flug“, Wundhausgasse.
Mezingen. Samstag, 19. Nov., abds. halb 9 Uhr, zur „Eisenbahn“.
Mühlhausen i. G. Samstag, 19. Nov., abds. 8 Uhr, bei Diger, Siemensstr. 47.
Mühlheim a. Rhein. Donnerstag, 24. November, abds. 9 Uhr, „Zur Eiche“, Wallstr. 29.
Niederrhein. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im Gasthaus zur „Sonne“.
Neumünster. Freitag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, b. Kellermann, Wöhrstr.
Neu-Stuppin. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im Gesellschaftshaus, Gartenstr. 2.
Neuß. Sonntag, 27. Nov., vorm. 11 Uhr, bei Würges, Weichersstr.
Neustadt i. M. Samstag, 19. Nov., abds. 8 Uhr, in der Herberge, Neumarktstr.
Nordheim. Samstag, 26. Nov., abds. 8 Uhr, bei W. Papferweh.
Nordhausen. Samstag, 26. Nov., abds. 8 Uhr, im „Hirsch“.
Nürnberg. (Schleifer u. Sams. 26. Nov., im Cafe Merk. Vortrag.
Oberthelma. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im „Heiligen Bild“, Zahlabend.
Offenbach a. M. Montag, 21. Nov., abds. halb 9 Uhr, i. Saalbau, Luftstr. 9.
Pforzheim. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im „Lions“. Vortrag.
Pina. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im „Pirnaer Volkshaus“. Die bevorstehende Bezirkskonferenz, Delegiertenwahl.
Pöschel. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, im „Eigenen Kreuz“.
Reutlingen. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei Lind, Rathausstr.
Rosenheim. Samstag, 3. Dez., abds. 8 Uhr, im „Stargarten“.
Sangerhausen. Samstag, 3. Dez., abds. halb 9 Uhr, im „Deutschen Kaiser“.
Schleswig. Samstag, 26. November, abds. halb 9 Uhr, i. d. Zentralhallen.
Eugen a. S. Samstag, 26. Nov., abds. 8 Uhr, in der „Germania“.
Sollingen. Samstag, 26. Nov., abds. halb 9 Uhr, bei van Gels, Kronenbergerstraße. Vortrag.
Sonnborn. Sonntag, 27. Nov., nachmittags 5 Uhr, b. Gerhardt, Hauptstr.

Gürtler-, Bijout.- u. Bronze-waren-Industrie, Leipzig 3 für Stellengesuche etc. vorzüglich geeignet. Nach jedem Bild fertige eine photogr. Vergrößerung in Brustbild [236]

Formwerkzeuge aller Art liefert in feiner Ausführung Max Pfüller, Formwerkzeugfabrik, Böhlen-Leipzig. [152] Katalog u. Preisliste gratis u. franco.

Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma Alexander Schlicke & Co. Stuttgart, Rötterstrasse 16 B empfiehlt sich den verehrlichen Gewerkschaftsvorständen, Mitgliedern und Gesellschaften zur Herstellung aller Arbeiten in Buchdruck bei sorgfältiger und gediegener Ausführung sowie solider Berechnung.

Die meisten Beinkrankheiten sind heilbar selbst ganz veraltete Fälle ohne Operation, ohne Verwundung und fast schmerzlos. Verlangen Sie gratis u. franco Broschüre: „Wie heile ich mein Bein selbst“. Sehr geringe Kurkosten. Günstige Erfolgsge. Fundierte Dankschreiben. Laborator. u. Präparate u. Verbände Dr. med. Ernst Strahl Hamburg 105, Große Allee 70, Spezialärztlich geleitete Institute in Hamburg, Brüssel, Antwerpen, Charleroy, Lüttich etc.

Sichere Existenz! Gutgehende Schloßerei ohne Konkurrenz soll sol. geg. geringe, evtl. gar keine Anzahlung für 9000 M. inkl. 5000 M. Hypoth. verkauft werden. Groß-Obst- u. Gemüsegarten vorhanden. Off. unt. Z. G. 270 a. d. Verlag d. Bl. Für Güstler und Bronzeer. Alterth. ist ein Bronzeer-Geschäft. Ab. 30 J. bestehend, sofort ab. l. p. d. billig zu übernehmen. Off. unt. R. K. 57 gef. an F. W. Schaner, von Offenstraße 60, Hamburg-Graben, zu senden. [174]

Nürnberger Spielwaren-Manufaktur M. Reiss, Nürnberg 48. Beliebteste Weihnachtsgechenke. Direkter Versand zu Engrospreisen. Neue Kataloge gratis u. franco. Nürnberger Lebkuchen-Verband M. Reiss, Nürnberg 48

Schnurrbart! Wer für die Verzierung und Erhaltung seiner Schnurrbart Sorge hat, der wird sich für die Schnurrbart-Produkte der Firma „Schnurrbart“ interessieren. Diese Produkte sind von hervorragender Qualität und werden in Deutschland hergestellt. Sie sind leicht zu verwenden und sorgen für eine gepflegte Erscheinung. Bestellen Sie heute noch!

Dankbar werden Sie mir sein für die gratis u. franco Zusend. meiner III. Preis. G. Engel, Berlin 8, Potsdamerstr. 131. Eine Gasmeßerfabrik sucht einen tüchtigen, energischen Werkführer, welcher mit der Herstellung von trockenen und nassen Gasmeßern sowie Stationsgasmeßern vertraut ist. Offerte mit Gehaltsansprüchen, Angabe der bisherigen Tätigkeit unter Beifügung von Referenzen unter G. N. 260 a. d. Berl. d. Bl.

